INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 234

1. April 1993



WEITER SO WEITERSTADT

Guten Tag ,
Aus gegebenen Anlaß dokumentieren wir einen Artikel aus der Broschüre zu den Knästen in Weiterstadt und Plötzensee von 1988. Er beschreibt ganz gut wie die "humanste Haftanstalt Deutschlands" aufgebaut ist bzw. sein sollte, die auf einer Giftmüll-Deponie erbaut wurde.
Nun: heute am 1.April sollten die offiziellen Einweihungsfeierlichkeiten sein; ein Grund auch für uns zu gratulieren.
Die Diskussion um die neue Politik der RAF, die jetzt sicherlich wieder neuen Auftrieb bekommen wird, hat sich unseres Erachtens bisher sehr stark um die KGT- bzw.Kinkel- Initiative herum entwickelt. Inhaltliche Aspekte wurden demgegenüber nur sehr selektiv diskutiert, so daß sich der Eindruck aufdrängt, daß einige sich der Einschätzung der bürgerlichen Politik anschließen, wonach der inhaltliche Schwenk "nur Beiwerk" für den eigentlichen Deal mit dem Staat ist. Bei allen Ungenauigkeiten und Auslassungen finden wir, daß sich in diesen Texten eine ernsthafte Orientierung auf **gesellschaftliche** Kämpfe hin ausdrückt. Diese Antirassistischen Kämpfe, Frauenkämpfe (die leider unter den Tisch fallen) und Klassenkämpfe stellen für uns die Basis einer gesellschaftlichen Umwälzung und damit unserer eigenen dar. - soziale Gegenmacht von unten
Wir würden uns eine Diskussion wünschen, die diese Aspekte stärker als bisher berücksichtigt.

In Kürze noch ńe Antwort auf 2 liebevolle LeserInnenzuschriften:
a) Hallo zorniger E.: Daß wir 2 Wochen lang über den Abdruck deines Textes nachdenken mußten, hat einen einfachen Grund: Du behauptest eine bestimmte Gruppe habe bestimmte (strafrechtlich relevante) Taten ausgeführt.- Wie du sicherlich weißt, drucken wir solche Behauptungen nur ab, wenn sie von der Gruppe selbst in einem "Selbstbezichtigungsschreiben" formuliert werden. In diesem konkreten Fall konnten wir die Sache nicht aufklären und haben daher (vorsichtshalber) den betreffenden Satz zensiert.
b) zum anderen freunlichen Genossen(in): Du beklagst, daß deine 9-seitige Hausarbeit weder im Heft noch im Ordner aufgenommen wurde, obwohl du sie zeitgleich mit deinem Bekannten eingeworfen hast, dessen Text abgedruckt worden ist. Nun forderst du uns auf zu dieser "stillschweigenden Unterschlagung" Stellung zu beziehen.
1.) Texte, die nicht bis Montag nachmittag eingegangen sind (wie wohl im betreffenden Fall) lieben wir überhaupt nicht. Erstrecht nicht 9-seitig mit angeheftetem Drohbrief.
2.) Wir behalten uns vor Texte die nicht rasend aktuell sind für eine der nächsten Nummerm aufzuschieben. Diese tauchen dann in der Regel nicht im Ordner auf.
3.) Wir begreifen uns auch nicht als Hiwis der Bewegung: Das heißt, wie behalten uns auch vor den einen Text reinzunehmen, und einen anderen eben nicht.Letzteres ist eher nicht die Regel, aber wir verstehen uns auch als einen politischen Zusammenhang mit eigenen Diskussionen und eigenen (weitgefaßten) Kriterien.
Als häufigeR LeserIn und glaub ich auch SchreiberIn dürfte dir das sicherlich nicht verborgen geblieben sein.

Inhalt:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Ordner:
- KGT-Initiative
- 8.März
- 2* 1.Mai
- Briefe von Gefangenen
- Nicaragua-Kaffee
- Ausschnitte aus "Prinz"
- Jugoslawien
- Peru
- BSF



Berlin gegen Olympia

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



NICHT MIT UNS!!

AN DIE DEMOKRATISCHE WELTÖFFENTLICHKEIT!
Das deutsche Postministerium plant zum 1.7.1993 eine inhumane Verschärfung des Postleitverfahrens: DIE EINFÜHRUNG EINER MINDESTENS FÜNF(!)STELLIGEN POSTLEITZAHL. Für uns Kreuzberger bedeutet diese "Neuerung" einen nicht hinnehmbaren Verlust liebgewonnener Gewohnheiten. Seit Menschengedenken wird unser ach so geliebtes Kreuzberg SO 36 gerufen. Dieser Titel, einst unserem Bezirk von Ulfhart "dem Schrank" anläßlich eines Gelages zu seinem 36. Geburtstag verliehen, hat in der ganzen zivilisierten Welt einen unverwechselbaren Ruf.
Deshalb fordern wir:
LASST UNS UNSERE "36"
-Ausnahmeregelung für Kreuzberg-

Protestumzug 1.04.1993



Heinrichplatz 20.^{30}
Kerzen für Lichterkette nicht vergessen



Schirmherrschaft und Durchführung: KPD/RZ Unterstützer: Verband der Deutschen Adressenhändler; Freunde der Philatelie-Ortsgruppe 4; 10999 Boys; Fachverband ostanatolischer Dienstleister im Zustellungswesen; Call-a-Döner, Saarbrücken; Verein zur Förderung und Pflege; Bürobotenknappschaft (BüBoKna); Dachverband Denksport; EibeLAg Elterninitiative betroffener Lehrer und ihrer Angehörigen; AVAM; ADAV; AGAP; AB/CD; G zwo; 27B/6; Central Services Deutschland; H.D. Genschlik; H. Böll; Günther Grass; Hans J. Grimm; 386AT; Judith "JU" Janke, designierte Bürgermeisterin Kreuzbergs; S. Meyer, Kfm. Angestellter; R. A. Cörtlen, Privatier; ASta FU; Erbengemeinschaft Rüttgers Club; Abteilung unberechtigte Reklamationen und überzogene Regreßansprüche des Quelle Großversandhauses, Fürth/ Bay.; Redaktion "der Drohbrief", Magazin für den professionellen Erpresser; Die Gelben Gesellen; Reha-Zentrum Kreuzberg/West; K.o.B; meine Mutter

Kundgebung am Mittwoch, 7. April 1993 ab 18 Uhr

Gegen die Bleiberechtslüge der Regierenden!


Junge Leute aus afrikanischen St

[ND 1.8.82]

Ein Ausbildungstag ist zu Ende: die jungen Moçambiquaner und ihr Freund Bürgermeister Heinz Janischef

Jetzt wird es ernst! Klammheimlich soll bereits bis Mitte April der Seiters-Entwurf zur endgültigen Regelung der Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen vereinbart werden. Offiziell wird damit eine humanitäre Lösung geheuchelt. Tatsächlich beinhaltet der Plan die Abschiebung der meisten ehemaligen VertragsarbeiterInnen. Lassen wir es nicht zu, daß die Biedermänner ihren staatlichen Rassismus klammheimlich organisieren. Kämpfen wir jetzt gemeinsam mit den VertragsarbeiterInnen für ihr Recht zu bleiben!

Kundgebung der VertragsarbeiterInnen für ihr Recht zu bleiben.

Mittwoch, 7. April 1993 ab18 Uhr

Friedrichstr / Unter den Linden. U- und S-Bahnhof Friedrichstrasse. Berlin Mitte

Hergeholt. Ausgebeutet. Abgeschoben?

VertragsarbeiterInnen kämpfen um ihr Recht zu bleiben!

Jetzt erst recht!

Es steht schlecht um die Berliner Olympiabewerbung. Völlig ungeklärte Kostenfragen, sich anhäufende Planungsmängel, und die zahlreiche Pannen und Skandale der letzten 2 Jahre haben dazu beigetragen. Nicht zu unterschätzen sind auch die bisher gelaufenen Widerstandsaktivitäten, sie haben beim IOC einen erheblichen Eindruck hinterlassen. Wir wissen z.B., daß die Demo anlässig der IOC-Tagung im September 91 in Berlin diese hohen Herren wesentlich mehr gestört hat, als es in Presseberichten zum Ausdruck kam. Und was im Moment über die Medien rüberkommt, ist eindeutig: Befürchtungen über Demonstrationen anläßlich des Besuchs der IOC-Prüfungskommission im April. Auch daß vor 2 Wochen viele Berliner Banken besucht und zum Teil entglast wurden hat das IOC aufgeschreckt. Auf der Sitzung in Atlanta reichte das IOC eine dementsprechende Meldung der Nachrichtenagentur Reuter herum. Vorher hatte schon die International Herald Tribune und Atlantas größte Tageszeitung (The Atlanta Journal) über die Aktion berichtet.

Die panisch übertriebenen Reaktionen der Staatsorgane zeigt auch, daß hier offensichtlich ein wunder Punkt getroffen wurde. Drei Leute die beim Einwerfen von Glasscheiben einer Bank beobachtet worden sein sollen, haben einen Haftbefehl erhalten, obwohl zwei von ihnen als noch Heranwachsend gelten und der Tatvorwurf nur auf Sachbeschädigung lautet. Eine Sonderkommision zur Bekämpfung von Anti-Olympiastraftaten wurde eingerichtet und 2000.-DM Belohnung für Hinweise ausgesetzt. Offensichtlich rechnet die staatliche Seite mit vielseitigem Protest und versucht es jetzt mit einer Einschüchterungskampagne. Diese Rechnung sollten wir nicht aufgehen laseen.

Die Gelegenheit ist gerade recht günstig. Vom 17.-21. April ist die offizielle Prüfungsdelegation des IOC in Berlin. Sie begutachtet speziell Berliner Sportstätten, Verkehrsmittel/-wege und ganz besonders die Sicherheitsmaßnahmen. Auch wenn Umfragen und eine mehrheitliche Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der Olympiaplanung hindeuten, hat sich das öffentlich noch nicht so deutlich gezeigt. Es wird deshalb am 18. April eine Demonstration geben, zu der neben uns noch viele andere Gruppen aufrufen. Wir finden es wichtig, daß diesmal viele Menschen die Möglichkeit wahrnehmen, ihren Unmut zu äußern. Über die Demo hinaus sind natürlich allerlei begleitende Maßnahmen erwünscht und möglich. Diese Tage im April werden eine der letzten Gelegenheiten sein, die anti-olympische Stimmung in der Bevölkerung massenhaft auf die Straße zu tragen.

Wir wissen, daß es im April - und auch sonst - noch andere wichtige Sachen gibt, um die sich Leute kümmern müssen (20. April, 1. Mai usw.). Es soll auch niemand davon abgehalten werden, sich mit diesen wichtigen Dingen zu beschäftigen. Wir halten es trotzdem für wichtig, daß sich möglichst viele vor und während des IOC-Besuches Gedanken machen und an Aktivitäten beteiligen. Olympia würde im Zusammenhang mit den Hauptstatdtplanungen die Lebens- und Kampfbedingungen für uns wesentlich verschlechtern. Für die Herrschenden hat Olympia u.a. die Funktion eines Katalysators, mit dem sie den Prozeß von Umstrukturierung und Vertreibung noch beschleunigen wollen.

Es gibt auch Gewinner

Die Berliner Wirtschaft erhofft sich durch Olympia 2000 einen enormen Investitionskick mit Hilfe verdeckter staatlicher Subvention und erhöhtem PR-Wert bezüglich Berlins.

Um die PR-Arbeit kümmert sich vorwiegend die Olympia GmbH. Zu diesem Zweck hatte sie `92 die "Berlin 2000 Marketing GmbH" gegründet, deren Gesellschafter eine Einlage von DM 100 000.- zu leisten haben. Die Firma vergibt Lizenzen, was den Lizenznehmer zur Vermarktung des Bärchengesichts und dem Berlin 2000 Signet berechtigt. Die Verträge enden am 23.9.93. Falls Berlin den Zuschlag erhält, werden neue Verträge ausgehandelt. Die Lizenzkosten betragen derzeit zwischen 10 000.- für kleine Betriebe - bis zu mehreren Millionen je nach Umsatz und Beschäftigungszahl. Bis Feb. 93 hatte die Marketing GmbH darüber 25 Mio eingenommen.

Der Kreis der erlauchten Gesellschafter, die auch zugleich Lizenznehmer sind, war bis Feb 93 auf 21 angestiegen. es folgt eine Auswahl der Gesellschafter:

Daimler Benz Siemens Telekom Berliner Bank Lufthansa Herlitz Radio 100,6 ARD Ruhrgas Commodore DIAL Berlin Krone SFB Werbung Berliner Pfandbriefbank Asea Brown Boveri Verinigung der Unternehmerverbände Berlin und Brandenburg Ufa Film-Und Fernseh GmbH

Und hier noch eine kleine Auswahl der inzwischen 100 Lizenznehmern (ihr könnt dies auch selbst dem Stadtbild entnehmen):

Bewag, Gegenbauer Gebäudereinigung, Grundkreditbank, Coca Cola, Opel Hetzer, Adia Zeitarbeit, Weincompany GmbH, Prinz zu Hohenlohe & Banghard Immobilienhai, Raiffeisen Köpenicker Bank, pro Berlin Veranstaltungs-GmbH, MF Mercedöl Feuerungsbau , Spedition Kunzendorfer.

Zusätzlich versucht die Industrie- und Handelskammer unter dem Motto :"Wirtschaft für Berlin - Berlin kann nur gewinnen", die Olympia Kampagne zu forcieren. Mit Postern, Aufklebern und Faltblättern sollen die BerlinerInnen nun auch im Alltag damit bombardiert werden.

Aber wir haben eine große Chance, diesen Unsinn zu verhindern. Es sind schon Aktionen gelaufen und die Gelegenheit, das IOC mit unserem Widerstand direkt zu konfrontieren, dürfen wir uns nicht entgehen lassen. Neben einer großen Beteiligung an der Demo am 18.4. wäre es gut, wenn sich Leute auch Gedanken zu anderen Aktivitäten machen. Wie wäre es mit einer Begrüßung am Flughafen, damit die Bonzen auch gleich wissen, aus welcher Richtung der Wind weht? Oder einer täglichen Kundgebung vor ihrem Hotel mit entsprechender Geräuschkulisse? Oder, oder oder?

Möglichkeit zur Diskussion gibt es auf einer VV am 7. April und als gesellschaftlicher Höhepunkt des Jahres die "Olympische Nacht" im Ex am 10. April mit der Preisverleihung in den olympischen Disziplinen: Olympia Fahnen einsammeln, Olympia Embleme verschönern (Wer eine Olympia Fahne mitbringt, kriegt eine Flasche Sekt).

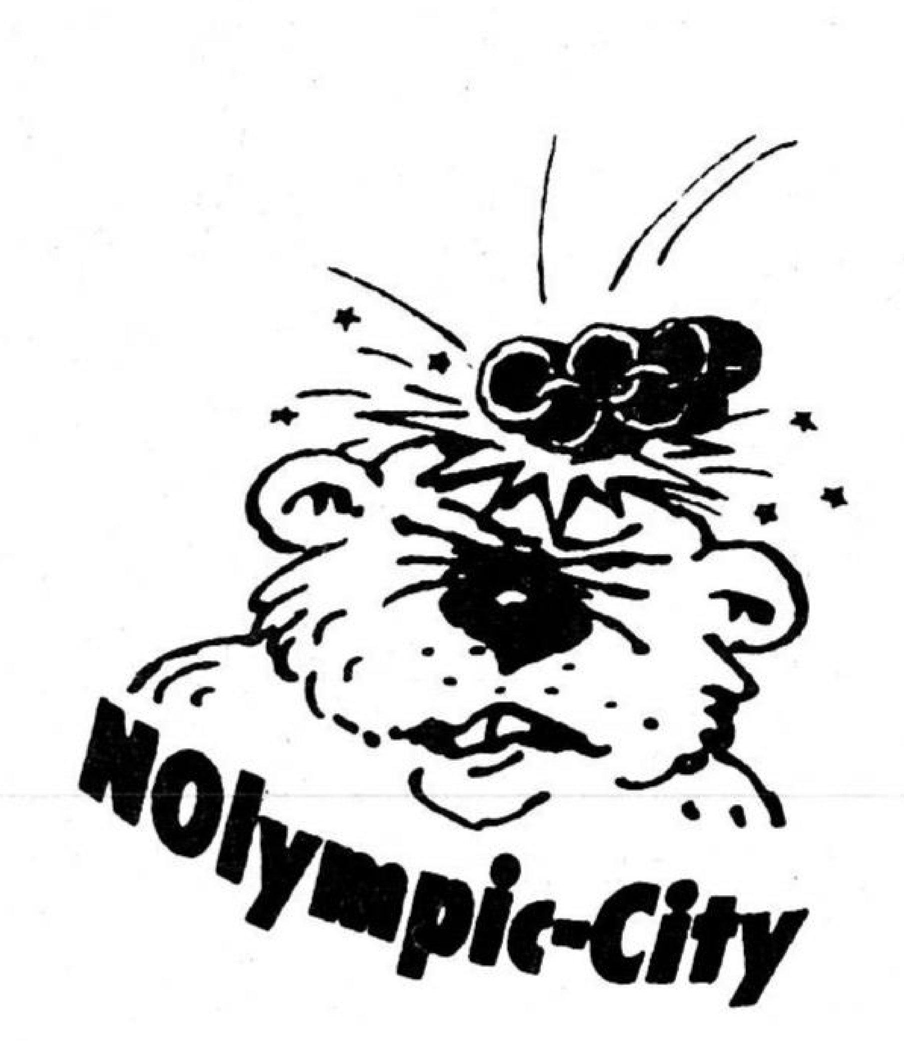
7. April, 20.00 Uhr: VV im Versammlungsraum/Mehringhof

10. April: Party im Ex

18. April, 15.00 Uhr: Demo/Ceckpoint Charlie

Und noch ein Tip: Ab sofort ist die zweite, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage der Broschüre "Volxsport statt Olympia" auf dem Markt.

AOK





Gewalt gegen Olympia:

Wie sie Berlins Bewerbung schadet

Berlin ist mit seiner Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 ein Stück weiter gekommen. Doch trotz einer sachlichen und sympathischen Werbe-Kampagne in Atlanta und zuvor in Mar del Plata konnte die deutsche Haupstadt nicht in die Favoritenrolle für die Wahl des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) am 23. September im Monte Carlo schlüpfen. Die Gewalt gegen Olympia in Berlin schadet der Bewerbung.

Dabei wäre „Berlin die ideale Stadt für die Spiele als Symbol für die olympischen Ideale von Frieden, Freiheit und Einheit", sagte Brigitte Schmitz, die „Außenminsterin" der Berliner Olympia GmbH gestern vor der Generalversammlung der Vereinigung der Internationalen Verbände der olympischen Sommersportarten (ASOIF). In Atlanta stellten sich alle Bewerber dar.

Ohne erklärende Worte, nur mit Bildern stützte sich Berlin dabei zu den Klängen von Mendelssohns 4. Sinfonie auf ein sechsminütiges Video: Berlin als eine Sinfonie von Sport, Kultur und Geschichte sowie voller Leben und Menschlichkeit. „Wir präsentieren Berlin in seiner ganzen Vielfalt", sagte Sportsenator Jürgen Klemann. Allerdings bleibt bis zur IOC-Entscheidung in sechs Monaten noch viel zu tun. Dies macht auch die internationale Reaktion deutlich. Das IOC veröffentlichte am Dienstag eine Meldung einer britischen Nachrichtenagentur, nach der unter Hinweis auf Polizeiangaben Olympia-Gegner die Fenster von acht Banken eingeschlagen und die Schlüssellöcher von weiteren 20 zugeklebt hätten.

Reaktion: Atlantas bedeutendste Tageszeitung „The Atlanta Journal" stellte dies in den 16 Berlin gewidmeten Zeilen in den Vordergrund. Das ist ein Dilemma, das auch Brigitte Schmitz sieht: „Jeder sagt, daß das stimmt, was wir bei unserer Werbung machen, aber daß wir Zuhause noch etwas tun müssen."

Die Bewerbungs-Philosophie: „Sie soll menschlich und symphatisch sein, aber eher zurückhaltend und trotzdem überzeugend." Dennoch: In einer Auflistung des „Journal" wird ein Berlin-Bild gezeichnet, das wohl die gegenwärtige weltweite Einschätzung trifft: „Eine örtliche Opposition, die teilweise gewälttätig wird; private Dossiers über IOC-Mitglieder; Symbol für Einheit in der Ära nach dem Kalten Krieg; das Können der Deutschen, alles perfekt zu organisieren."

dpa/BM

19.3.93 ★ BERLINER MORGENPOST



7, 8, 9, knock out für Olympia

Vom 17.-21. April ist die Prüfungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Berlin. Sie sollen begutachten, ob Berlin nach ihren Kriterien tauglich ist für die Austragung von Olympischen Spielen. Den hohen IOC-Herrschaften ist es dabei allerdings egal, was mit der Stadt vor und nach den Spielen geschieht, ob wir eine bezahlbare Wohnung haben oder nicht und ob wir uns das Leben in dieser Stadt überhaupt noch leisten können. Ihnen geht es ausschließlich um die optimale Vermarktung der fünf Ringe.
In der Bewerbungsschrift wird gegenüber dem IOC eine 60%-ige Zustimmung der BerlinerInnen zu den Olympischen Spielen behauptet. Begreifen wir den Besuch der Kommission als Chance, klarzustellen, daß mehr als die Hälfte der BerlinerInnen die Spiele nicht wollen.

Der Zuschlag im September '93 durch das IOC brächte einen erneuten Boom von Bodenspekulationen in die Stadt. Die damit verbundenen Mietsteigerungen für Gewerbe- und Wohnraum führen zu einer Vertreibung von Teilen der Bevölkerung aus ihrem Kiez. Eine Entwicklung die durch die allgemeine Preissteigerung auf Grund dieser Großveranstaltung vorangetrieben wird. In allen Olympiastädten hat sich diese Entwicklung vollzogen (vor allem in Barcelona!).
So voraussehbar wie die Folgen dieser Marktmechnismen sind, so katastrophal sind die Planungen der Olympia GmbH und des Senats. Statt sich um den Wohnungsleerstand und um die Sanierung zu kümmern, wird den BerlinerInnen weisgemacht, daß mit 8000 Olympia-Luxuswohnungen - gegenüber einem Bedarf von 120.000 Wohnungen - die Wohnungsnot zu beheben sei.

Olympia in Berlin?



Ohne mich!

Nur durch eine völlig willkürliche Unterscheidung in "olympiabedingte" und "nicht olympiabedingte" Kosten gelingt es dem Finanzierungskonzept, einen Gewinn von 190 Mio.DM auszuweisen. Während für Olympia aber ein Investitionsprogramm von mindestens 8 Mrd.DM erforderlich ist, wird z.B. im Sozial- und Bildungsbereich gestrichen. Darüber hinaus geht der Bau von olympischen Wettkampfarenen am tatsächlichen Bedarf an dezentralen Freizeit- und Schulsportanlagen als auch an Sozial- und Jugendeinrichtungen vorbei.

Gerade in einer Zeit, in der tagtäglich Menschen Opfer von rassistischen und nazistischen Übergriffen werden, wäre eine kritische Aufarbeitung der Olympiade von 1936 und ihrer politischen Instrumentalisierung durch das NS-Regime dringend notwendig. An einer solchen Auseinandersetzung mit der Geschichte scheinen die Olympiaplaner jedoch kein Interesse zu haben, was insbesondere im unkritischen Umgang mit den von faschistischer Architektur geprägten Austragungsstätten von 1936 zum Ausdruck kommt. Die Pikanterie der Berliner Bewerbung besteht überdies in dem Umstand, daß die deutsche Hauptstadt bei Juan Antonio Samaranch, einem Parteigänger des faschistischen Franco-Regimes um Friedensspiele buhlt!

Einer Auseinandersetzung mit diesen Problemen der Stadt Berlin verweigern sich Senat und OlympiawerberInnen noch immer konsequent. Mit gutem Grund, denn eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Problemen der Stadt kann nur eine Konsequenz haben: Die Bewerbung Berlins um Olympia 2000 zurückzuziehen!

Die Entwicklung der olympischen Spiele hin zu einer kommerzialisierten Massenveranstaltung, in der gedopte SportlerInnen um die Gunst der Sponsoren streiten, stellt den Sinn von Olympia überhaupt in Frage.
Das IOC hat an einer olympiakritischen Diskussion kein Interesse. Seit Beginn der Amtszeit von IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch sind die Olympischen Spiele nicht nur von nationalistischer Selbstdarstellung des Veranstaltungslandes geprägt, sondern auch von der 100%igen Vermarktung all dessen, was mit den fünf Ringen zu tun hat. Eine besondere Visitenkarte, die der Franco-Faschist Samaranch in der Geschichte des IOC hinterläßt, einem Gremium, das sich seine Mitglieder selbst wählt und keinerlei Kontrolle unterliegt, außer "seiner eigenen".
Mit der Demonstration wollen wir das IOC mit unseren Widerstand gegen Olympia in Berlin direkt konfrontieren. Wir wollen eine Demonstration aller, gegen deren Interessen Olympia in Berlin durchgesetzt werden soll. Wir haben zwar keine Millionen für gelbe Hochglanzbroschüren, aber wir haben genug Phantasie, um unseren Widerstand laut und bunt auf die Straße zu tragen.

Zeigen wir den Olympiamachern, daß wir weder das IOC noch sein Kommerzspektakel in unserer Stadt haben wollen!

Das ist ein Aufruf der Berliner Anti-Olympia Koordination (BAK) Die BAK ist ein Zusammenschluß von BürgerInneninitiativen, Umweltorganisationen, Jugendorganisationen, freien Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern und Parteien, die ein breites Spektrum der Berliner Bevölkerung repräsentieren. Alle gemeinsam haben sich zum Ziel gesetzt, die Spiele in Berlin zu verhindern.

Deshalb erscheint zahlreich zur

Anti-Olympia-Demo am 18.4.1993, 15.00 Uhr, am Checkpoint Charlie

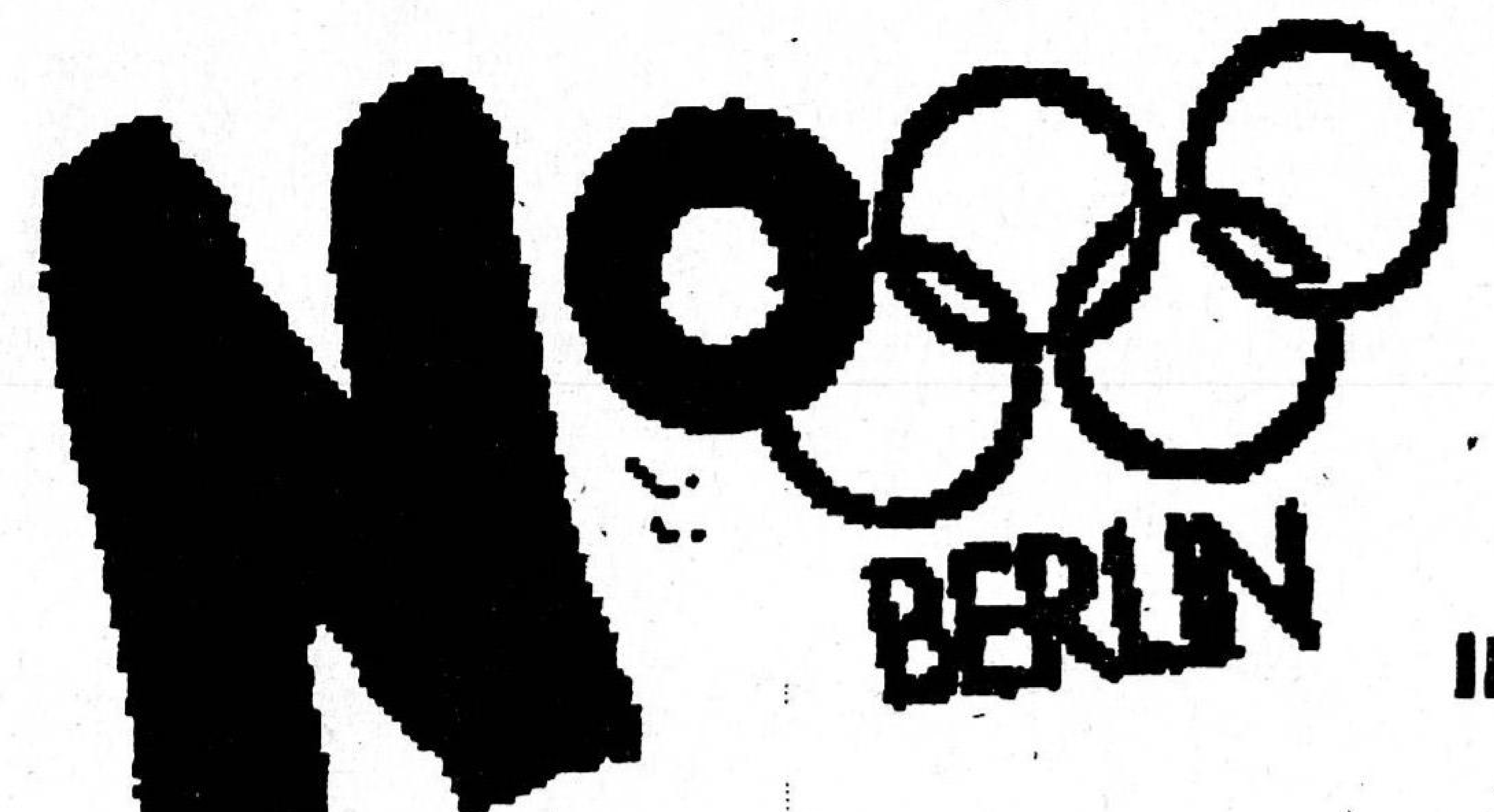


Berlin gegen Olympia



Die Demonstration wird unterstützt von:
ASTA der FU, ASTA der TU, AG junge GenossInnen der PDS Berlin, AOK, ANTIFA Zehlendorf, Berliner Jusos, Mitglieder des Bündnis 90, Café Chaos, Falken Zehlendorf, Fraktion Bündnis 90/GRÜNE im Abgeordnetenhaus, GRÜNE/AL, Grüne Liga, Initiative der Sportwissenschaft für Olympia 3000, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, PDS, SchülerInnen für Politik und Kooperation (S.P.U.K.), SOS-Infotelefon, Sozialistische Liga

Allgemeiner "fahr rad" - Korso



"NOlympia"

Wann: Am Sonntag, dem 4.04. 1993
Start: 14.00 Uhr am Roten Rathaus
Ziel: gegen 16.00 Uhr Stralauer Halbinsel

Der nun schon traditionelle Berliner Fahr-rad-korso an jedem ersten Sonntag des Monats steht im April '93 unter dem Thema: Olympia in Berlin ? Keine Olympischen Spiele 2000 in Berlin!
Der Korso wird die MitRadler an fünf wichtigen geplanten Olympia-Standorten in Ost-Berlin vorbeiführen. Dabei soll sowohl auf die nunmehr nicht mehr übersehbaren negativen Folgen von "Olympia 2000" für die Stadt insgesamt aufmerksam gemacht und zugleich über die Probleme an denkonkreten Standorten informiert werden:

- **Olympiahalle auf dem Gelände des Stadions der Weltjugend**
- **Boxsporthalle am Falkplatz (Jahn-Stadion)**
- **Radsporthalle und Schwimmstadion an der Landsberger Allee (Leninallee)**
- **Medien- und Funktionärs-Wohnen - Gewerbegebiet Eldenaerstr. (vormals Zentralviehof)**
- **Funktionärs-Wohnen an der Rummelsburger Bucht.**

? Hunderte von Millionen aus dem Landeshaushalt für gigantische Tempel des kommerzialisierten Hochleistungssports, statt für Wohnungsneubau und Sanierung, für Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Senoirenbetreuung, für die Sportanlagen des Schul-, Vereins- und Breitensports?
?. Massive Eingriffe in Wohnquartiere ohne tiefgreifende Folgeanalyse, ohne entsprechende baurechtliche Planungsverfahren und ohne eine adäquate juristisch und politisch abgesicherte Bürgerbeteiligung?
? Großsportanlagen ohne entsprechende Verkehrskonzepte für ihre Dauernutzung?
? Für 14 Tage ein Sportler- und Funktionärsexpress für hunderte Millionen DM?
? Großsportanlagen, maßgeschneidert für kommerzielle Olympische Spiele, aber nicht für den realen Bevölkerungsbedarf?

Stoppt "Olympia Berlin 2000" - vor dem Ruin unserer Stadt!
Es ist unser Geld, das da verschleudert wird.
Es ist unsere Stadt, die da zerplant und verbaut wird.
Stoppt den Olympia-Wahn jetzt!

Kritisches Olympia-Forum Prenzlauer Berg (KOF)

es hat sich nichts daran geändert, daß wir den einschnitt in unsere geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen, denn wir sind auf einen prozeß aus, in dem soziale gegenmacht von unten und daraus eine neue vorstellung für den revolutionäre umwälzungsprozeß entwickelt werden kann.
das hat für uns nach wie vor die größte priorität, doch die bedingungen dafür müssen erkämpft werden.
wir haben im august letzten jahres geschrieben, daß wir uns dabei nicht aus der verantwortung ziehen werden.

der weiterstädter knast steht exemplarisch dafür, wie der staat mit den aufbrechenden und sich zuspitzenden widersprüchen umgeht: gegen immer mehr menschen knast, knast, knast - und er steht als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik.
in seiner technologischen perfektion von isolation und differenzierung von gefangenen menschen ist er modell für europa

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

DER WEG ZUR BEFREIUNG FÜHRT ÜBER DEN SOZIALEN ANEIGNUNGSPROZESS
DER TEIL WIRD IN EINEM NEUEN INTERNATIONALEN KAMPF FÜR DIE UMWÄL

RASSISMUS VON STAAT UND NAZIS BEKÄMPFEN

RASSISTISCHES BEWUSSTSEIN IN DER GESELLSCHAFT IM KAMPF FÜR DAS SOZIALE UNTER DEN MENSCHEN AUFHEBEN - AUCH DAFÜR BRAUCHEN WIR EINE BASISBEWEGUNG VON UNTEN, DIE VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT, VOM KAMPF GEGEN SOZIALE KÄLTE, PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND ARMUT BESTIMMT IST.

WIR GRÜSSEN ALLE, DIE IN DEN KNÄSTEN FÜR IHRE MENSCHENWÜRDE ~~KÄMPFEN -- IN PREUNGESHEIM~~, ~~SANTA FU~~, ~~PLÖTZENSEE~~, ~~RHEINBACH~~
STAMMHEIM, STRAUBING ...
SOLIDARITÄT MIT DEN INTERNATIONALEN GEFANGENENKÄMPFEN !

Ein Gefängnis und eine Hoffnung sind zerstört

FR 29.3.

Mit dem Anschlag in Weiterstadt zeigten die RAF-Terroristen ihre Aktionsfähigkeit

Der Spruch des unbekannten Sprayers an der 6,50 Meter hohen Betonmauer des Knastneubaus ist längst von Efeu und wildem Wein überwuchert: „Wenn Steine fliegen, schreit ihr, wenn Menschen sterben, schweigt ihr." Die Buchstaben, die vermutlich ein Schlaglicht auf den Zustand im deutschen Knastalltag werfen sollten, sind heute verdeckt von Ranken; auch die aufgeschütteten Sandhügel, die Kiefern, Birken, Weiden, all die schnellwachsenden Bäume geben kaum noch einen Blick frei auf die Untersuchungshaftanstalt Weiterstadt unweit der südhessischen Großstadt Darmstadt.

Deutschlands modernstes und humanstes Gefängnis sollte in dieser platten Landschaft der Spargeläcker hinter einer grünen Wand „verschwinden", sollte unsichtbar bleiben, darum durften, bevor die Fundamente der sechs Zellentrakte gelegt wurden, Gärtner und Landschaftsarchitekten, sonst die letzten auf der Baustelle, in Weiterstadt als erste handeln. Acht Jahre ist das jetzt her, und die Natur wird weiter ungestört gedeihen; denn der offenbar von der Terrororganisation RAF verübte Bombenanschlag setzte den kurz vor seiner Vollendung stehenden Komplex, der 250 Millionen Mark kostete, außer Gefecht, und zwar auf lange Zeit.

Mit der Präzision von Sprengmeistern ließen die maskierten Täter, die mit Leitern die Außenwand überklettert und die elf Wachleute überrumpelt hatten, die Ladung im Herzen der Anlage, in der technisch aufwendigen Kommando- und Verwaltungszentrale hochgehen. Von 200 Kilogramm Sprengstoff spricht das Bundeskriminalamt. Viele der Gebäude sind abbruchreif, glimpflich überstanden haben es lediglich die Sportanlagen.

Nach fast achtjähriger Bauzeit hätten Ende dieses Monats, vielleicht auch erst Anfang Mai die ersten Gefangenen einziehen sollen. Noch wirkte alles unfertig: Das Schild mit der Aufschrift „JVA-Zufahrt" ist nur notdürftig an einen Holzpfosten genagelt, auf dem Parkplatz vor dem Hauptportal gucken nackte Beleuchtungskabel aus dem Boden, und über dem 100 000 Quadratmeter großen Areal schwankt der Ausleger eines Baukrans im Wind. Einige hundert Meter weiter, im Explosionsschatten einer rekultivierten Mülldeponie, hatten die Täter den grünen Transporter mit den gefesselten Wachleuten abgestellt, die dort in der kalten Märznacht ausharren mußten und erst nach dem Anschlag befreit werden konnten. Verletzt wurde niemand. Einige der Männer hatten in dem Gefängnisneubau nur deshalb übernachten wollen, weil sie in ihrem neuen Wohn- und Arbeitsort Weiterstadt bisher keine Bleibe gefunden hatten.

Noch bevor Hessens Justizministerin Christine Hohmann-Dennhardt (SPD) am Samstagvormittag die Zerstörungen besichtigte, hatten die Experten des Staatsbauamtes bereits die Lage sondiert und ein noch vorläufiges, aber vernichtendes Urteil abgegeben: Die Detonation brachte die Statik ins Wanken, zerstörte Teile der Grundmauern, riß Außenwände heraus, knickte die stählernen Konstruktionen der Glasüberdachungen, vernichtete die Überwachungstechnik. „Überall Blech, Reste von Fensterrahmen und Jalousien, Glasbrösel der Sicherheitsscheiben, Schutt und Dämmmaterial", das zum Teil sogar über die Außenmauern des Areals geschleudert wurde, beschreibt einer, der den streng abgeschirmten Tatort besichtigte, die „brutalen Folgen" des Attentats.

Da in Weiterstadt alle Gebäude miteinander in Verbindung stehen, richtete die Explosion auch in weiter entfernten Trakten erhebliche Schäden an. Allein der Gebäudeschaden wird auf 60 Millionen Mark geschätzt, 40 Millionen Mark dürfte die Wiederherstellung der installierten Sicherheitstechnik kosten, die in der Tatnacht nicht eingeschaltet war.

Die Folgen des Anschlags sind nicht

Der Anschlag scheint der Ministerin vor allem deshalb so widersinnig, weil gerade Weiterstadt ein Synonym für den humanen Umgang mit Menschen werden sollte, die noch nicht rechtskräftig verurteilt sind und damit als unschuldig gelten. Großzügige Zellen, getrennte Unterbringung je nach Straftat in den sechs verschiedenen Bauten, Arbeits-, Bildungs- und Sportmöglichkeiten — man wollte Verhältnisse schaffen, wie sie sonst auch nicht im Regelvollzug anzutreffen sind. Sogar ein Schwimmbad gibt es.

Schon für die erste Belegung standen Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter bereit, Weiterstadt hätte garantieren sollen, daß der Gefangene in der Untersuchungshaft menschenwürdig behandelt wird. Dort hätte es bereits in dieser Phase des Strafvollzuges Therapiemöglichkeiten gegeben...

nur materiell. Sie trifft vor allem die Gefangenen und Bediensteten anderer hessischer Haftanstalten, die nun weiter unter zum Teil abenteuerlichen Bedingungen leben und arbeiten müssen. Weiterstadt sollte nicht nur Musterknast werden, sondern auch seit Jahren vorhandene Engpässe beseitigen. Das von der ersten rot-grünen Koalition in Hessen 1985 nach vielem Disput in Auftrag gegebene Bauwerk mit seiner modernen Ausstattung hätte in diesem Jahr eine der inhumansten Einrichtungen des deutschen Strafvollzuges, die ständig überbelegte U-Haftanstalt in Frankfurt-Preungesheim, ablösen sollen. Statt 520 Gefangener sitzen dort im Schnitt 730 ein, es können auch mal mehr als 800 sein, darunter viele Ausländer und Drogenabhängige. Beabsichtigt war, den aus dem Jahr 1973 stammenden Bau, bei der der Blick des Gefangenen aus der Zelle nicht durch Gitter hindurch ins Freie geht, sondern an einer Betonplatte abrupt endet, noch in diesem Jahr abzureißen und durch einen kleineren zu ersetzen. Der Neubau hätte genau jene 100 Millionen Mark kosten sollen, auf die nun in Weiterstadt der Schaden geschätzt wird.

In einem Stufenplan hätten die Häftlinge nach und nach Preungesheim verlassen und Weiterstadt beziehen können. Dort wäre Platz für 495 Gefangene gewesen, aufgrund des Abrisses in Preungesheim (eine Sanierung war ausgeschlossen worden) und fehlenden Platzes in anderen Einrichtungen hätte aber auch die neue Anstalt zumindest zu Beginn etwa 100 Insassen mehr als geplant verkraften müssen. An diesem Wochenende blieb zunächst offen, was nun geschehen soll, die hessische Justizministerin Hohmann-Dennhardt („Es ist ein Irrsinn") sieht ihre Planung um sechs Jahre zurückgeworfen.



1.10 Uhr: Sie kommen über die Mauer

s ist bitterkalt. Die Nacht sternenklar. In dem riesigen, stöckigen Gefängnis-Komplex (Bezugstermin 1. April, larmanlage noch nicht in Betrieb) brennt Licht – in der Vachstube. Die Terroristen (3 Männer, 1 Frau mit ötlichem Haar) lehnen 2 zusammengebundene Aluleiern an die 4 m hohe Mauer. An einer Strickleiter Sprossen mit hellem Teppichboden umwickelt) hangeln sie sich in den Gefängnishof. Es ist 1.10 Uhr.



„Hände hoch, hinlegen!"

Die Tür zum Wachhäuschen fliegt auf. **Einer der 3 Wachmänner** (28): „Plötzlich standen sie vor uns. 4 Vermummte mit MPs und Pistolen. Sie schrien: **Hände hoch, hinlegen!** Sie fesselten mich und sperrten mich in die Toilette." Die Terroristen durchkämmen dann alle Stockwerke. 8 JVA-Beamte sind noch im Haus.



Zeitzünder auf 5.12 Uhr gestellt

Die Terroristen packen ihre Rucksäcke aus. **200 kg gebündelte Sprengstoff-Stangen** (vermutlich Beute aus einem Zugüberfall, insgesamt 1800 kg). **Ein Wächter:** „Sie ließen sich Zeit, verständigten sich durch Handzeichen." Verdacht: Die Bombenleger kannten die geheimen Baupläne. Ihre Sprengladungen deponieren sie an den Stützpfeilern des Verwaltungsgebäudes. Die Zeitzünder stellen sie auf 5.12 Uhr ein.



Flucht im gestohlenen Mercedes

Die 4 Terroristen verstauen die 11 gefesselten Beamten n dem grünen VW-Transporter, mit dem sie gekommen waren (in Frankfurt gestohlen). Sie schnappen sich den Mercedes 260 eines Beamten, fahren in ein Waldstück (2 km entfernt). Versperren die Transporter-Türen mit Ketten, flüchten im Mercedes. **Ein Beamter:** „Da saßen wir im Dunkeln und konnten nichts tun. Wir froren erbärmlich. Decken haben sie uns keine gegeben."



Die Explosion

5.12 Uhr: Alle Bomben gehen gleichzeitig hoch. Der gesamte Gebäudekomplex bebt. Die Grundmauern verschieben sich, der Explosionsknall ist bis **Darmstadt** zu hören. Alle Fenster werden rausgefetzt, Glassplitter fliegen 800 m weit. Großalarm bei der Polizei. 1

Weiterstadt

Hochsicherheitsknast Weiterstadt

In Weiterstadt bei Darmstadt wird zur Zeit mit 700 Haftplätzen einer der größten Knäste Europas gebaut. Nach dem Bau der Frauenhaftanstalt Berlin-Plötzensee ist Weiterstadt die zweite einer Reihe völlig neukonzipierter Haftanstalten im Bundesgebiet.

Der Standort

Der Hochsicherheitsknast Weiterstadt wird auf einem 10 ha (10 000 qm) großem Gelände außerhalb der Ortschaft gebaut. Der Boden dieses Geländes ist seit Jahrzehnten mit HCH, Blei und Kadmium verseucht. HCH ist ein Mittel zur Vernichtung von Läusen und ähnlichem Viehzeug (u.a. Bestandteil des Medikamentes 'Jacutin'), hochgiftig und krebserregend.

Um Weiterstadt herum ist sehr viel Gelände verseucht, weil die Chemiefirma Merck ihr HCH teilweise offen lagerte (weiße Berge: vom Winde verweht und vom Regen in die Erde gespült), teilweise verbuddelte, und teilweise, um den Abfall loszuwerden, auch in Parkhäuser und Straßen einbetonierte.

Als dann Hessens Justizminister 1977 einen Knaststandort suchte, kam das der Weiterstädter Gemeindeverwaltung wie gerufen. Das Gelände war so stark verseucht, daß man absolut nichts mehr damit anfangen konnte. Entsorgung wäre zu teuer gewesen. Weiterstadt war ohnehin Pleite. Also verkaufte man es zum Zwecke des Gefängnisbaus an Hessen, sanierte damit die Gemeindekasse und sicherte gleichzeitig verschiedenen örtlichen Baufirmen mit der richtigen Parteizugehörigkeit lukrative Aufträge während des Knastbaus.



Nachdem die geschäftliche Seite geregelt war - auch die FAG beteiligt sich finanziell an dem Knast - mußte der Bau noch von der hessischen Landesregierung genehmigt werden. In der saßen inzwischen die GRÜNEN, die laut Parteiprogramm gegen den Bau neuer Knäste waren.

Eine Krankenstation und ein Sportplatz innerhalb des Geländes sind in Arbeit, weiterhin ein Heizkraftwerk, eine Großküche mit Werkstätten für Frauen, Werkstätten für Männer, ein Frauen- und zwei Männertrakte mit insgesamt 240 Haftplätzen, sowie ein Zu- und Abgangstrakt für 13 Frauen und 14 Männer. Anfang 1988 soll mit der Fertigstellung der ersten Trakte die Belegung beginnen.

Anschließend werden bis 1990 gebaut: Ein weiterer Frauen- und 3 - 5 zusätzliche Männertrakte, sowie ein zentrales Gefängniskrankenhaus für Südhessen.

Der gesamte Knast unterliegt der höchsten Sicherheitsstufe (1). Sichtblenden an den Fenstern (Sägezahnfassaden wie in Plötzensee) entfallen, da die Architekten (Architekturbüro FORUM aus Darmstadt) gegenüber den Zellenfenstern Verwaltungsgebäude geplant haben, um unkontrollierten Kontakt von Fenster zu Fenster zu unterbinden. Die Versorgungskanäle liegen sabotagesicher in einem Schacht in der Mitte der Gebäude. Die Energieversorgung ist autark, ein Notstromaggregat bereits vorhanden.

Die politischen Gefangenen werden in Hochsicherheitstrakten wie in Stammheim untergebracht. Die sozialen Gefangenen kommen in architektonisch ähnliche Trakte in den Wohngruppenvollzug. Jede Wohngruppe ist von allen anderen Wohngruppen und Inhaftierten vollständig isoliert. Sie besteht aus 10 - 20 Personen, die in Einzelzellen untergebracht sind und verfügen zusätzlich über eine Teeküche und einen Gemeinschaftsraum, sowie über einen eigenen Hof von 30 x 35 m.

Die Gruppenräume sind kameraüberwacht, die Zellen durch Gegensprechanlagen abhörbar. Um die Gruppen ohne Bodenberührung von einem Trakt in den nächsten verschieben zu können, sind die einzelnen Gebäude durch Plexiglasgänge im dritten Stock miteinander verbunden. Auch diese Gänge sind kameraüberwacht.

Wohngruppenvollzug

"Wir sollten unsere Gesellschaft so restrukturieren, daß alle von Geburt an trainiert würden, selber zu wollen, was die Gesellschaft von uns fordert." (James McConnel, US-Psychologe, in seinem Bericht 'Criminals can be brainwashed').

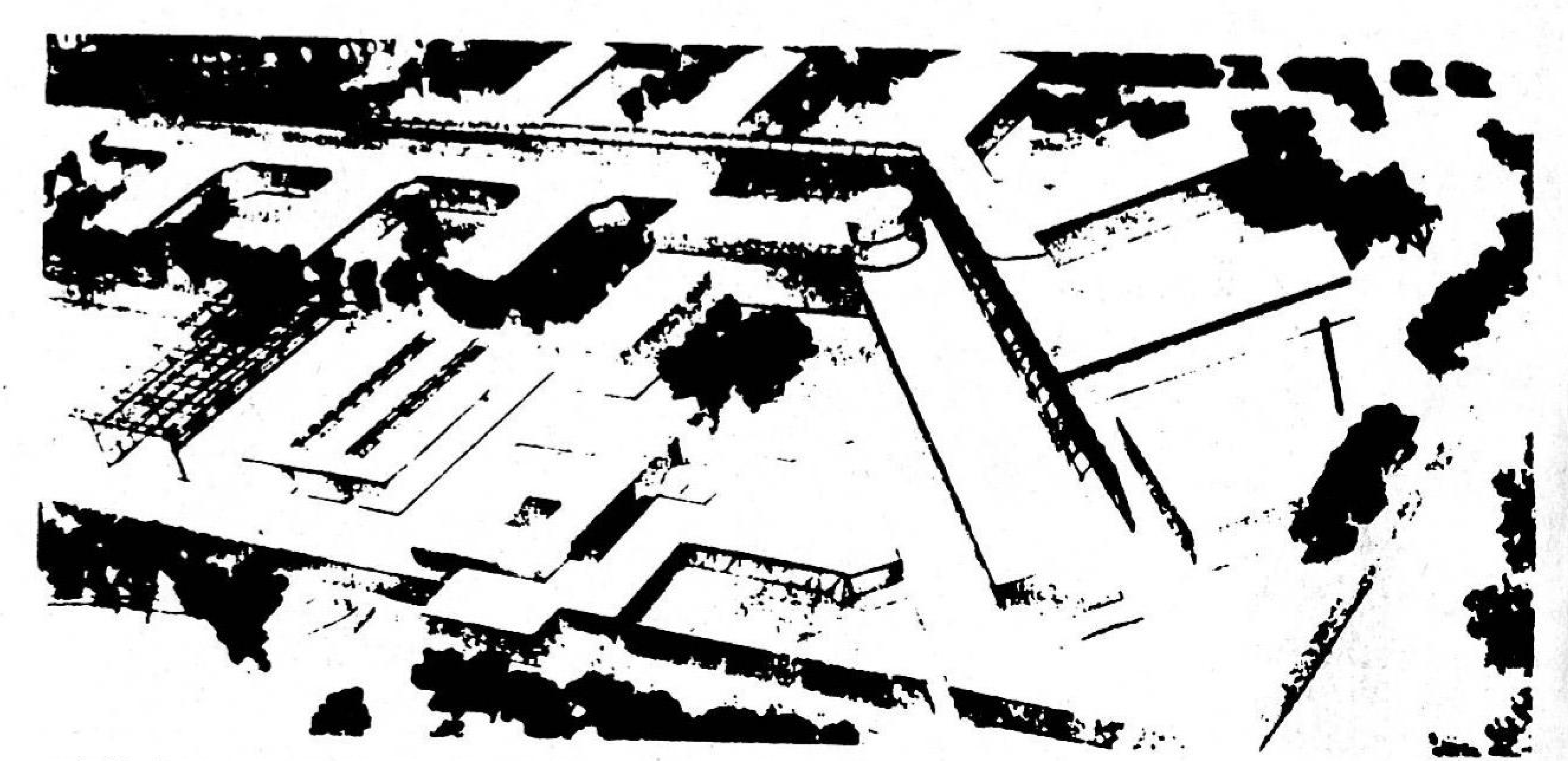
Nach genau diesem Prinzip funktioniert der Wohngruppenvollzug im Knast: Der Gefangene soll sich, sein Verhalten und jegliches der gesellschaftlichen Norm zuwiderlaufende Bedürfnis als krank akzeptieren.

Das änderte sich rasch. Mit ein paar soziologisch kaschierten Begrifflichkeiten wie 'Wohngruppenvollzug', 'Therapieprogramm', Abschaffung der Türspione und Aushändigung der Zellenschlüssel im Wohnbereich schien die pädagogische Knastrevolution perfekt. Die GRÜNEN stimmten zu, Weiterstadt bekam seinen Hochsicherheitsknast und Joschka Fischer seinen Ministerposten.

Architektur

Der Knast liegt so weit außerhalb, daß extra eine Zufahrtsstraße gebaut werden mußte. Es gibt keine Busverbindung in diese Gegend. Wer später Gefangene besuchen möchte ist auf ein eigenes Auto angewiesen.

Bisher steht die 6 km lange Mauer aus fugenlosen Betonfertigteilen. Vier Wachtürme sind in die 6,5 m hohe Mauer integriert. Außen vor der Mauer wird ein Erdwall aufgeschüttet, der mit Bäumen und Sträuchern so bepflanzt wird, daß auch die Gefangenen im höchsten Stockwerk (3. Stock) keine Sicht nach draußen haben. Zusatzeffekt: Von der Bundesstraße aus wird der Knast nicht mehr zu sehen sein, wenn die Bäume hoch genug sind.

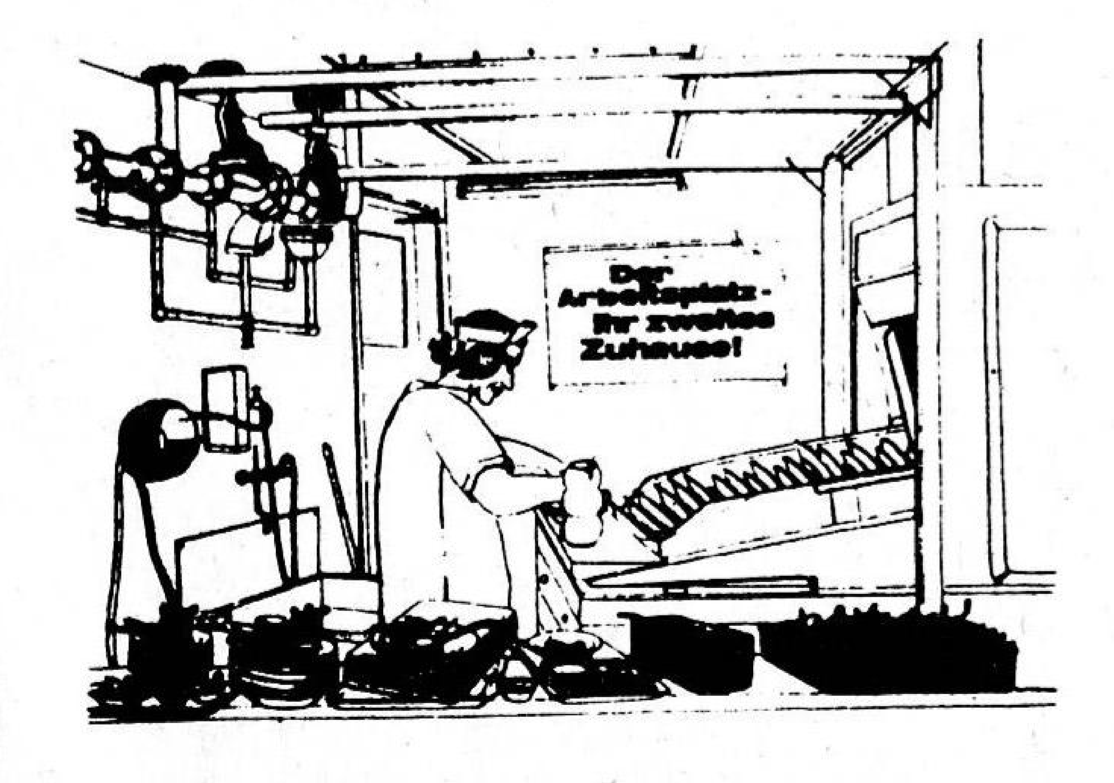


modell-foto: so soll der knast in weiterstadt später aussehen, allerdings werden keine bäume innerhalb der 6 km langen betonmauer stehen

Bevor die Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die Einweisungsabteilung. Hier durchleutet ein Psychiaterstab die Gefangenen nach Anpassungsbereitschaft bzw. Widerstandswille. Anhand der Ergebnisse wird ein Gutachten erstellt, das die Aufteilung der Gefangenen zu den entsprechenden Wohngruppen festgelegt.

Die Wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt - angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen Gruppen. Das Ziel: Eine 'Karriere' der Gefangenen durch Aufstieg von der untersten (= unangepaßtesten) zur hösten (= konformste) Gruppe. Mitarbeit an der eigenen Karriere wird belohnt, gegenteiliges Verhalten wird bestraft, z. B. durch Streichung von Privilegien und Isolationshaft.

Gefangene Frauen im Knast Plötzensee, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des Wohngruppenvollzugs gekämpft haben, beschreiben das so: "Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgetrennte Zwangsgemeinschaften, den sogenannten Wohngruppenvollzug, gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, in dem die Gefangenen sich in ihrer Freizeit treffen, verglast - kurz die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung. Sehen die Frauen sich nicht bei der Arbeit, haben sie durch die totale Abschottung keine Möglichkeit zusammenzutreffen."

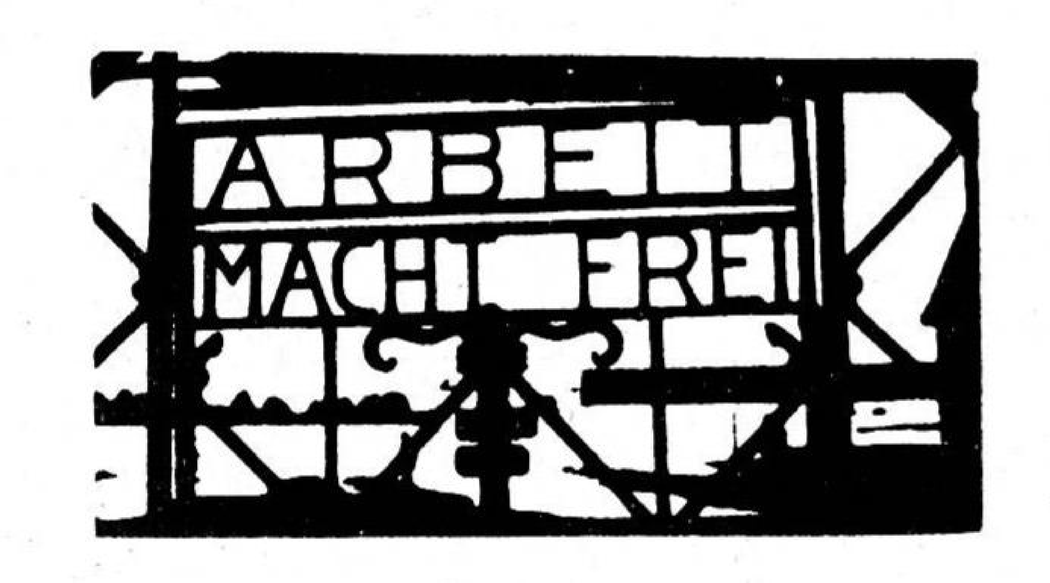


Arbeitstherapie

Typisch für die neuen Knäste ist, daß für jeden Gefangenen ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht, denn es herrscht Arbeitszwang. Malocht werden muß unter frühkapitalistischen Bedingungen. In Plötzensee arbeiten die Frauen z. B. für einen Lohn von 80 Pf./Stunde nach Akkordvorgaben. Wird der Akkord nicht erfüllt, gibts 10% Lohnabzug. In der Schneiderei sind die Nähmaschinen durch Sichtblenden voneinander getrennt. Es herrscht absolutes Sprechverbot während der Arbeit. Bei Nichteinhaltung gibt es Haftverschärfung.

Therapieziel ist, die Gefangenen daran zu gewöhnen, daß es Hafterleichterungen, zwischenmenschliche Kommunikation und andere Vergünstigungen nur gibt, wenn die sklavischen Arbeitsbedingungen exakt eingehalten werden. Das ist die Dressur im Knast für ein widerspruchsloses, obrigkeitshöriges, profitvermehrendes Leben draußen.

Wer die Arbeit verweigert sitzt 23 Stunden total-isoliert in der Zelle.



Gehirnwäsche

Je konformer man sich in der Gruppe verhält, - im Sinne des Anstaltpersonals selbstverständlich - desto größer sind die Chancen auf Privilegien und vorzeitige Entlassung wegen guter Führung etc.

Die Gruppe ist personell so zusammengesetzt, daß ein pausenloser Konkurrenzkampf zwischen den Gefangenen eingeplant ist. Wichtig ist, die vorgegebenen Werte der Knastleitung und des psychologischen Stabes zu akzeptieren. Mehr noch: sie zu verinnerlichen.

Die Werte wechseln selbstverständlich je nach gesellschaftlicher oder politischer Notwendigkeit.

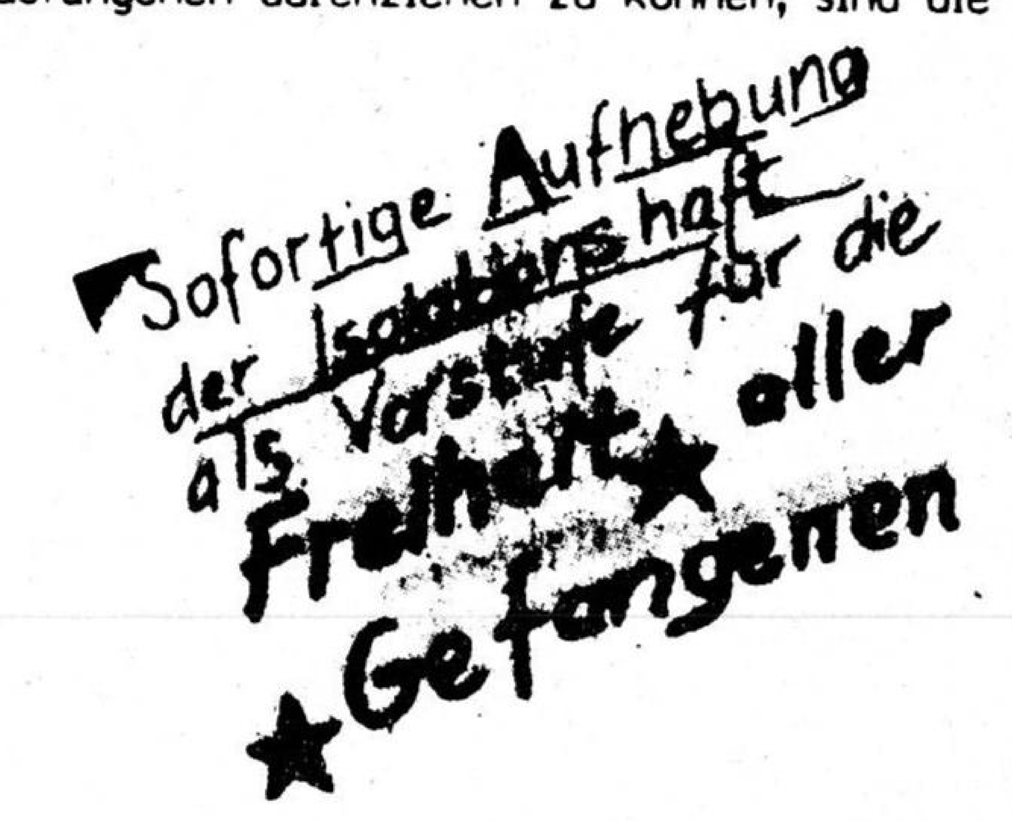
Du bist der Meinung, Aufrüstung schade dem Frieden? Natürlich Unsinn, weil: Jeder weiß, daß es ohne Aufrüstung keinen sicheren Frieden geben kann. Du denkst, im Supermarkt eine Salami zu klauen sei für einen Sozialhilfeempfänger legitim? Gefährlicher Gedanke, weil: Erstens werden damit Straftaten gebilligt und zweitens leidet bei uns niemand soviel Not, daß er stehlen müßte.

Du bist mit den Gegenargumenten nicht einverstanden? Solltest Du aber, weil: Wer an seiner geistigen Gesundung nicht mitarbeitet und die Normen nicht akzeptiert sitzt in völliger Isolationshaft rund um die Uhr.

Du plapperst einfach ihr Geschwafel nach, um Deine Ruhe zu haben? Reicht nicht, denn: Die Gesellschaft braucht **aktive** Bürger - also überzeuge Deine Mitgefangenen von Deinen neuen Einsichten und melde sie wenn sie allzu heftig widersprechen.

Isolation nach außen

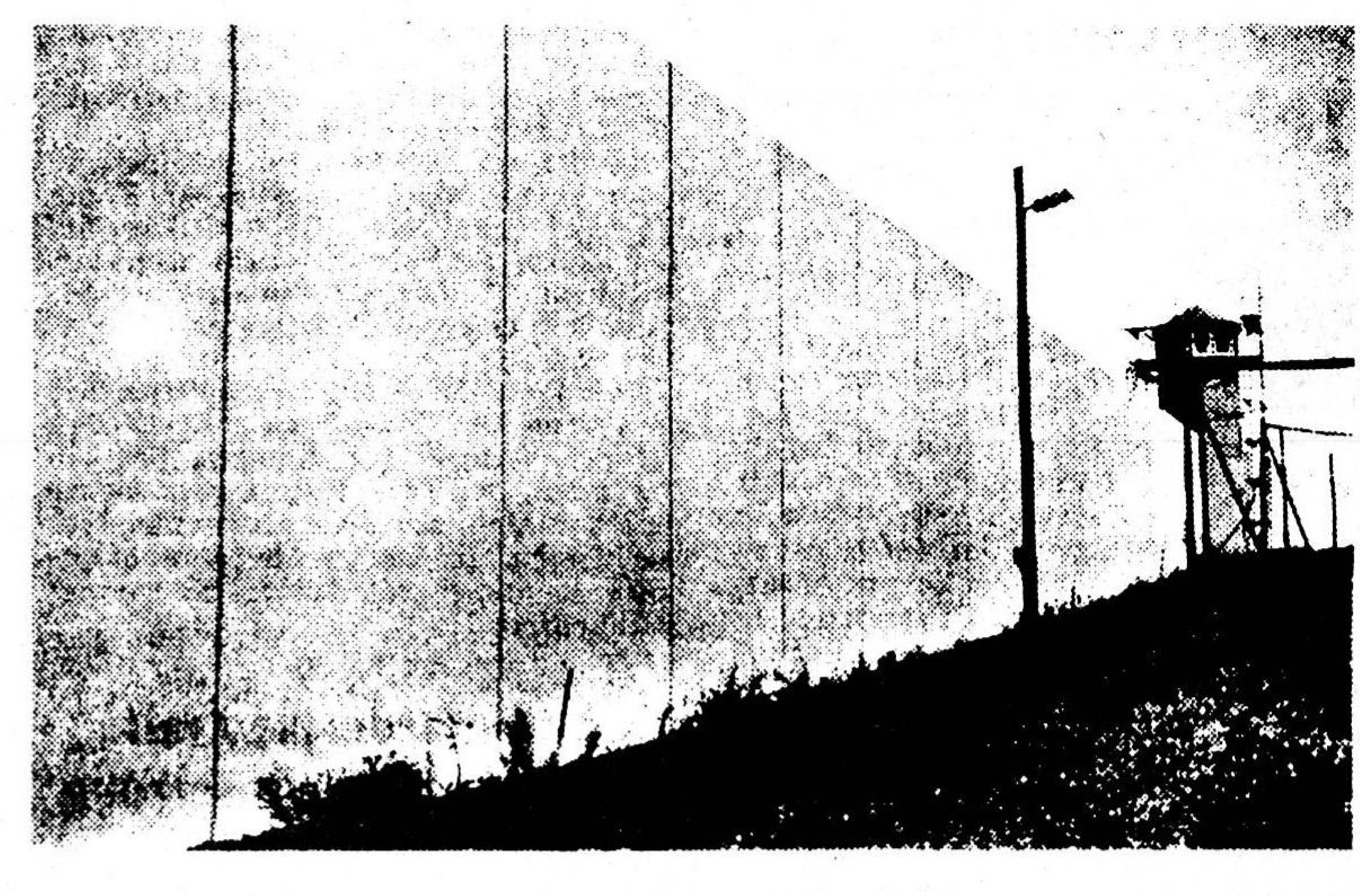
Um ungestört ihre Programme an den Gefangenen durchziehen zu können, sind die Gefangenen nicht nur untereinander streng isoliert (in Plötzensee gibt es beispielsweise in den Wohngruppen noch verschiebbare Trennwände, um flexibel isolieren zu können), sondern der Knast ist auch nach außen völlig abgeschirmt. Weiterstadt hat die Isolation so gut durchkonzipiert, daß der Knast auch auf dem Mond stehen könnte, so abgeschottet sind die Gefangenen von der Umwelt.



Besuche ohne Auto sind unmöglich. Anwaltskontakte sehr schwer, weil es in der Gegend kaum welche gibt und Mandantenbesuche deshalb mit langen Anfahrtswegen für Anwälte verbunden sind. Arztbesuche - etwa Ausführungen zu Spezialisten - entfallen ebenfalls, da das integrierte Knastkrankenhaus alle Behandlungen durchführen kann: von der Zwangsernährung während eines Hungerstreiks bis zur Isolierung von AIDS-Infizierten in Quarantänestationen. Auf einen Arzt ihres Vertrauens werden die Gefangenen in Weiterstadt verzichten müssen, und wer die ärztliche Versorgung im Knast (etwa in Darmstadt-Eberstadt) kennt, weiß, daß die Gefangenen davon selten gesünder werden.

Gerichtsverhandlungen können auch im Knast durchgeführt werden. Entsprechende Räumlichkeiten - z. B. eine Mehrzweckhalle - sind vorhanden. Auch diese Möglichkeit erinnert an Stammheim und die Prozesse, die dort weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden.

Strategisch wichtig für den Weiterstädter Knast ist noch seine Anbindung an zwei Autobahnen. Gefangene können, ohne durch bewohnte Gebiete transportiert werden zu müssen, gleich über den anliegenden Autobahnzubringer verschubt werden. Der Frankfurter Flughafen ist 10 Autominuten entfernt und Weiterstadt damit auch als Abschiebungsknast hervorragend geeignet.





Hintergrund

Knäste wie Weiterstadt und Plötzensee gibt es in den Staaten schon länger. Auch in Europa (Frankreich und England z. B.) werden sie zur Zeit gebaut. Hier werden die Erfahrungen mit den politischen Gefangenen, die seit Jahren der Isolationshaft ausgesetzt sind, ausgewertet und verallgemeinert. Hier fließen die wissenschaftlichen Ergebnisse aus den Bereichen sensorische Deprivation, Gehirnwäsche, Isolationshaft und Gruppendynamik zu einem architektonisch-soziologischen Zerstörungsprogramm der weißen Folter zusammen. Es sind NATO-Projekte. Sie werden von den Herrschenden auch als solche, das heißt als Kriegsknäste, begriffen. Für den Krieg nach Innen, den Krieg gegen die Teile der Bevölkerung, die immer stärker in Widerspruch zur staatlichen Vernichtungspolitik geraten.

Weiterstadt und Plötzensee sind in der BRD erst der Anfang der neuen High-Tech-KZ's: Sobald in Weiterstadt mit der Belegung begonnen werden kann, werden Gefangene aus Frankfurt-Preungesheim nach Weiterstadt gebracht, Preungesheim teilweise abgerissen und nach neuem Stand aufgebaut. Andere Knäste dieser Art werden folgen.

Berliner Nutzfahrzeugliga 1993 eröffnet!

Wir haben in der Nacht zum 29. März einen Vorderlader (Mittelgewicht) der Baufirma Kemmer in Berlin Mitte angezündet. Wie allen bekannt ist, baut Kemmer die Oberbaumbrücke zwischen Friedrichhain und Kreuzberg autogerecht um. Die Oberbaumbrücke ist eine der noch zu schließenden Schnittstellen des sogenannten Innenstadtringes, der mitten durch Wohnviertel führt und dort die Luft noch weiter verpesten wird. Die Bonner Politbonzen müßen diese Folgen nicht ertragen, da im neuen Regierungviertel der Stadtring milliardenschwer unterirdisch verlegt wird. Unser Haß auf diese Schweine und unser Wille, in den innenstadtnahen Wohnvierteln auch in Zukunft weiter leben zu können, hat uns zu diesen Aktion motiviert. Genauso wie Verkehrs- Hauptstadt- und Olympiaplanung nicht voneinander getrennt werden können, stellen wir unsere Tat bewußt in Zusammenhang mit anderen sinnvollen Aktionen gegen Vertreibungspolitik, Yuppieisierung und Hauptstadt- Olympiaplanung.

Kemmer gib auf!
Weg mit Olympia und Hauptstadt!
Wir grüßen alle Widerständischen von den Zuckersüßen bis zur RAF!

Autonome Gruppe Henry Maske

Protokoll des Vorbereitungstreffens zum 1.Mai am 19.3.1993

Tagesordnung: 1. Protokoll
2. Interim Artikel
3. Bericht Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen
4. Aufruf

1. - bei Punkt 4 wird der letzte Satz gestrichen.
- es wurde bemängelt, daß die Faschismusdiskussion nur unzureichend im Protokoll wiedergegeben wurde
- in diesem Zusammenhang wurde beschlossen, die vorliegenden Papiere der einzelnen Gruppen wie die gemeinsam erstellten Werke der Interim zum Abdruck zu übergeben, da die Protokolle allen Nichtanwesenden einen ungenügenden Eindruck der Diskussionen auf den Treffen vermitteln.

2. Von allen wurde die Plattheit der zwei Interim-Artikel kritisiert. Es wurde beschlossen, zur Kritik an der Vorbereitungsgruppe auf der VV Stellung zu nehmen.
(Anmerkung des Protokollanten: Der Protokollant vermißt die sicherlich die Diskussion bereichernde Anwesenheit der UrheberInnen dieser Ergüsse auf den Vorbereitungstreffen).

3. Ein Verteter des Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/West erklärt, daß das Bündnis den bisherigen Vorschlag - Beginn der revolut. Demo gegen 10 Uhr am Neptunbrunnen, direkt zum Lustgarten und eigene kurze Kundgebung, dann nach Kreuzberg weiter - nicht mittragen wird, da ihre Hauptintention, Begegnung mit den KollegInnen am Lustgarten, nicht deutlich werde, sondern die Orientierung auf O-Platz , 13 Uhr im Vordergrund stünde.
Vom Bündnis wurde der Vorschlag gemacht, daß der Bündnis-Zug vor de Beginn der Revolut. Demo am Neptunbrunnen eine eigene Route geht, dann am Neptunbrunnen sich mit der revolutionären Demo zusammenschließt und bei der DGB-Demo eine Zwischenkundgebung abhält (der Berühmte Brückenschlag). Danach ginge es dann -wie geplant - nach Kreuzberg und Friedrichshain.

Die Begründung: Die Menschen, die beim Bündnis mitlaufen würden, kämen bei der geplanten Demo mit Sicherheit nicht, da der Schwerpunkt der Planung sich zum O-Platz hin verschiebe. D.h. Ein paar Leute wollten diese Berührung mit den KollegInnen am Lustgarten, aber das Gros auch der mit vorbereitenden Gruppen würde ab Mittag am O-Platz sein, es gäbe de facto eine Zweiteilung der Demo. Die Zielgruppe jedoch, die das Bündnis organisieren würde, wären draußen vor.

Seitens der anderen Gruppen wurde kritisiert, daß das Bündnis diese Entscheidung schon eher hätte treffen sollen, dann wäre mehr Zeit für andere Dinge geblieben. (Die Entscheidungsprozesse im Bündnis seien "zu lahm") Einige der mit an der Vorbereitung beteiligten Gruppen waren enttäuscht und sauer und fühlten sich verarscht. Die Einschätzung, daß die z.T. recht harten Diskussionen der Treffen aber für den politischen Klärungsprozeß sinnvoll und notwendig gewesen seien, überwog jedoch.

Das Ergebnis der Diskussion: Es wird zwei Demos geben. Eine am Vormittag vom Bündnis organisiert mit Ziel auf Lustgarten und die zweite vom O-Platz ab 13 Uhr. So gibt es auch keine zeitliche Konkurrenz; im Gegenteil, wer will, kann beide Demos mitmachen. Außerdem wird auf den Plakaten die jeweils andere Demo mit bekannt gegeben.

4. Ob es einen gemeinsamen Aufruf geben wird, ist noch nicht entschieden. Es zeichnet sich folgendes Vorgehen ab: Einen kürzeren gemeinsamen Aufruf, sowie Aufrufe der verschiedenen Gruppen.
   Es soll eine gemeinsame Presseerklärung vor und nach dem 1. Mai geben.

Technics:

- ASTA FU,TU, Netzwerk und die Stiftung Umverteilen werden um finanzielle Unterstützung angegangen.
- Es soll 10-20 Tsd Plakate und die gleiche Anzahl Flugis geben.
- Plakatentwürfe sollen zum nächsten Treffen mitgebracht werden. Es soll ein gemeinsames Plakat geben. Des weiteren sollen die einzelnen Gruppen ihre eigenen machen.
- Es sollen vier Lautsprecherwagen beschafft werden.

Am Donnerstag, dem 1.April, April um 19.30 ist VV zum 1.Mai im Versammlungsraum im Mehringhof

---

zum 1.Mai:

Außerdem Protokoll des 1.Mai-Plenums haben uns die folgenden Beiträge der Inhalts- bzw. Öffentlichkeits-AG erreicht. So sehr uns die seit längerem angekündigte inhaltliche Unterfütterung der (nach außen ja kaum transparenten) bisherigen Auseinandersetzung gefreut hat, so enttäuscht waren wir beim Lesen eurer altbekannten Versatzstücke linksradikaler Theorie. Alter Wein in neuen Schläuchen, während ihr gleichzeitig die Vorwürfe und Kritiken, die bestimmten im 1.Mai-Plenum dominierenden Strömungen gemacht wurden, ignoriert.
Was haben wir von einer abgehobenen Inhalts-, Theorie- oder Sonstwas-AG, wenn ihr dadurch den realen Fragen und Auseinandersetzungen aus dem Wege geht.
Den Verrat an der ArbeiterInnenklasse und die sozialpartnerschaftliche Politik des DGB verkauft ihr als Ergebnis eurer AG. Habt ihr vergessen, daß die autonomen 1.Mai- Mobilisierungen unter anderem aus dieser Erkenntnis und in Abgrenzung zum DGB hervorgegangen sind und diesen an Bedeutung und Größe längst überholt hat. Seit zwei Jahren macht der DGB in Berlin keine 1.Mai-Aufzüge mehr, weil sie neben der revolutionären Demo lächerlich wirken. Da ist doch die Frage vor der wir alle stehen, weshalb ihr uns durch einen Brückenschlag wieder zu einer Form der Zusammenarbeit mit dieser "verräterischen Organisation" überreden wollt. Von euch kein Wort dazu.
Genausowenig verstehen wir eure Forderung "gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Dieser Slogan aus dem letzten CDU-Wahlkampf gehört in Steinkühlers Büttenrede, während die 1.Mai-Demo etwas ganz anderes ausdrückt: Scheiß auf die Arbeit! und: Was wir brauchen müssen wir uns nehmen! Wir wissen nicht wieso sich das ändern sollte.
Was wollt ihr mit eurem abgehobenen philosophieren über die Revolution? Daß diese eminent wichtig ist und daß "Reformen das Übel nicht an der Wurzel packen" wissen wir schon. Interessieren würde uns viel mehr, warum wir schon um 10.30 auf der Matte stehen sollen, um dann nach j.w.d. zu latschen. Glaubt ihr im Ernst, ihr tut der Klasse damit einen Gefallen?
Weshalb hofiert ihr die *GewerkschafterInnen ("die einzige gesellschaftliche Kraft, die hinzukam") dermaßen? Natürlich sind die auch uns lieber als die Gewerkschaftsbonzen, aber wir wollen wegen ihnen nicht auf eine einzige "gesellschaftliche Kraft" der 12 000 Frauen und Männer verzichten, mit denen wir auch dieses Jahr wieder durch Kreuzberg und Umgebung demonstrieren werden.
*kritischen
Zu guter letzt: Warum nehmt ihr in eurem langen Papier nicht Stellung zu euren Überlegungen, die RIM am Vorbereitungstreffen zu beteiligen? Ihr könnt uns nicht erzählen, ihr würdet nicht von den Diskussionen und Auseinandersetzungen der letzten Jahre wissen. Als Vorbereitungsgruppe stellt ihr euch bewußt in die Tradition der letzten Jahre und tragt damit auch Verantwortung gegenüber der Bewegung. Hier hat sich ein Konsens entwickelt, der die RIM eindeutig aus unseren Strukturen ausschließt.

See you 13.00 Uhr O-Platz, ohne RIM-Lautsprecher

ES GEHT AUCH ANDERS !!!
HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine 1.Mai Demonstration geben, die sich deutlich gegen die DGB- Selbstbeweihräucherungs-Veranstaltung abgrenzt.
Im DGB sehen wir ein Instrument zur Ruhigstellung der arbeitenden Menschen hier in der BRD. Die deutschen, weißen, männlichen Facharbeiter erkämpfen sich mit dem DGB höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Interessen von Frauen, Ungelernten und ImmigrantInnen werden von den Gewerkschaften nicht vertreten. Der DGB steht statt dessen für eine rassistische Politik, indem er z.B. Einwanderungsquoten fordert, damit nur Menschen hierher kommen, die für die deutsche Wirtschaft von Nutzen sind. Die Gewerkschaften in der BRD begreifen sich nicht als Gegner der Kapitalisten. Der DGB vertritt die Idee einer "Sozialpartnerschaft", die verbunden ist mit der Ideologie der "Volksgemeinschaft", in der angeblich alle im selben Boot sitzen.

" Revolutionär" zu sein heißt erst einmal, ganz platt, auf eine Revolution hin zu arbeiten. Das scheint in der derzeitigen Situation recht utopisch zu sein. Das "westliche System", die "freie Marktwirtschaft", also der Kapitalismus scheint gesiegt zu haben. Die Forderung und der Wille nach einem gründlichen Umsturz dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems klingt hier in Europa absurd.
Dabei ist es ja durchaus nicht so, daß die Mehrzahl der hier lebenden Menschen zufrieden ist. Viele Menschen, die hier leben, sind von der wachsenden rassistischen Gewalt und Hetze bedroht. Gewalt und Anmache von Männern gehören zum Alltag von Frauen. Die bedrohlich wachsende Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, die Kürzungen von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, Gesundheitsreform, Umweltzerstörung, wachsender Staßenverkehr mit den damit verbundenen Toten und Verletzten .... bei offenen Augen und Ohren kann niemand sagen, er oder sie wüßte nichts davon. Und auch die Situation weltweit - wachsende Schuldenberge und Verelendung in der sogenannten " 3.Welt", Kriege, die in Zukunft auch mit der Beteiligung der Bundeswehr geführt werden sollen, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wie der Regenwälder.... - ist bekannt.
Oft jedoch ist die Reaktion auf das ganze Elend ein resigniertes "Was soll ich da schon machen ? Die da oben machen ja doch, was sie wollen !" Und genau da fängt der Unterschied an zu denen, die sich als revolutionär begreifen. Revolutionäre haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sich etwas ändern läßt, daß sich Unterdrückung und Ausbeutung vieler durch wenige beseitigen läßt. Wir wissen, daß das nicht heute oder morgen, vielleicht auch nicht in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren passieren wird. Und wir wissen, daß keiner und keine allein etwas grundsätzlich ändern kann. Das ist eine der Illusionen, die sie uns vorgaukeln: es fängt an beim "kleinen Mann", der sich hocharbeitet und Karriere macht und hört auf bei dem Ruf nach einem " starken Mann", der allein wirksam etwas gegen den " Staatsnotstand" tun könnte. Die Ideologie von der wirksamen Politik eines "starken Mannes" ist Bestandteil von faschistischer Ideologie. Faschistische Tendenzen, Antisemitismus und Rassismus gegen z.B.Roma und Cinti sind auf dem Boden des nie wirklich aufgearbeiteten Nationalsozialismus wieder populär geworden. Von staatlichen Institutionen Gewerkschaften und den Herrschenden wird dem Rassismus nichts entgegengesetzt. Der Terror auf der Straße wird benutzt, um von den wirklich Verantwortlichen für Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung etc. abzulenken. (da fehlt noch was, aberwir habens nicht mehr geschafft)

Wir setzen dagegen unsere Solidarität

Solidarität mit den Menschen, die hier leben wollen oder müssen, egal aus welchem Land sie kommen oder welche Hautfarbe sie haben. D.h., unsere Gesellschaft als rassistisch zu erkennen, in der die Diskriminierung und Unterwerfung des angeblich "Fremden" ein angesehenes Verhalten ist. In der Schule, auf den Ämtern, in den Betrieben oder auf der Straße, Frauen und Männer anderer Herkunft werden nur als multikulturelle Farbtupfer akzeptiert. Ausländergesetze, Asylverfahren und Sammellager sind einige der Steine in der Mauer um das reiche Europa. Die Menschen, die ihrer Not entfliehen konnten, sollen davon abgehalten werden, zu denen zu kommen, die ihre Not verursacht haben.
Solidarität fängt schon im Kleinen an: schaut nicht weg, wenn in der U-Bahn oder auf der Straße ImmigrantInnen, Flüchtlinge und schwarze Deutsche angegriffen werden! Unterstützt Euch gegenseitig, wenn es im Betrieb Ärger gibt mit Abteilungsleitern, Vorarbeitern etc.! Greift ein, wenn Frauen beschimpft, beleidigt, angegriffen werden !
Solidarität heißt auch, nicht blindlings alles zu glauben, was die Massenmedien verbreiten, sondern nachzufragen, sich Gedanken zu machen und sich zu informieren. Stimmt es wirklich, daß der kleine Lebensmittelladen an der Ecke schließen mußte, weil " die Asylanten soviel geklaut haben" ? Oder sind nicht eher steigende Gewerbemieten und der neu eröffnete Supermarkt eine Staße weiter die Ursachen dafür ?
Unser Verständnis von Solidarität hat nichts mit dem von oben verordneten "Solidapakt" zu tun, bei dem es nur darum geht, die Kosten der Krise von den Verantwortlichen fernzuhalten.

Von der Revolte zur Revolution

Eine Revolution ist mehr, als daß viele Menschen auf die Straßen gehen, kämpfen und die jeweils Herrschenden zum Teufel jagen. Was geschieht, wenn sie dann endlich vertrieben sind ? Und - im Moment besonders wichtig - wie kommen so viele Menschen gemeinsam zu dem Schluß: " jetzt reichts!!" ? Das sind die Aufgaben von revolutionären Männern und Frauen. Auf der einen Seite Vorstellungen von dem entwickeln, wie ein anderes Leben aussehen könnte. Und auf der anderen Seite andere Menschen informieren über die Gründe und Ursachen des alltäglichen Elends, die Verantwortlichen dafür benennen und - wenn es möglich ist - Lösungen vorschlagen. Es ist eine Illusion zu erwarten, daß nach einer Revolution schlagartig alles anders sein würde. Eine wirkliche Veränderung kann sich nur in einem langen Prozeß entwickeln. Ein Teil in diesem Prozeß muß allerdings ein gewaltsamer Umsturz sein, denn nur durch revolutionäre Umwälzungen werden die Voraussetzungen für

wirkliche Veränderungen geschaffen. Die Herrschenden, " die da oben" werden niemals freiwillig ihre Previlegien aufgeben.

Widerstand zu leisten gegen das, was ist, war niemals einfach. In den letzten Jahren haben sich auch die Bedingungen in der BRD verschärft für diejenigen, die nicht alles mit sich und anderen geschehen lassen wollen: Menschen, die aktiv gegen Faschisten auftreten um z.B. Veranstaltungen verhindern, werden härter bestraft als diejenigen, die Flüchtlingsheime in Brand setzen, Menschen verletzen und töten. Menschen, die sich an ihrem Arbeitsplatz gegen schlecht Arbeitsbedingungen, zu niedrige Löhne und anderes wehren, laufen Gefahr, entlassen zu werden. Flüchtlinge, die sich z.B. gegen die miesen Bedingungen in den Lagern zur Wehr setzen und sich organisieren, können abgeschoben werden. Jugendliche, die zusammen gegen Nazis und Rassisten kämpfen, werden zur Zielscheibe von Polizei und Justiz. Frauen, die Verwaltiger anzeigen, wird nicht geglaubt. Kinder, die zu Hause körperlich und/oder seelisch mißhandelt werden, werden allein gelassen.

Revolutionär zu sein heißt, trotz alledem nicht aufzuhören und sich nicht einschüchtern zu lassen. Revolutionär bedeutet aber auch, in mehr als eine Richtung gleichzeitig zu denken und zu handeln. Jemand kann sich sehr für die Rechte der Arbeitenden in seinem Betrieb einsetzen, aber zur gleichen Zeit die rassistische Forderung " Ausländer raus" unterstützen. Männer können sich aktiv am Kampf gegen Faschisten beteiligen und gleichzeitig Frauen ausbeuten, z.B. indem sie ihnen die gesamte Hausarbeit überlassen. Revolutionärer Kampf kann nicht auf einen einzelnen Bereich beschränkt werden. Freiheit kann nur die Freiheit aller Unterdrückten bedeuten. Es reicht nicht, nur das wirtschaftliche System zu ändern, den Kapitalismus zu bekämpfen und abzuschaffen. Es wäre nur eine scheinbare Freiheit, wenn Frauen immer noch unterdrückt wären (durch Gewalt gegen Frauen, dadurch, daß sie die ganze Last der Kindererziehung zu tragen hätten, durch niedrigere Löhne,...), ImmigrantInnen immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt würden, wenn männliche Dominanz immer noch Beziehungen und gesellschaftliche Prozese bestimmen würde.
Revolutionär zu sein heißt aber auch, einen großen Teil der eigenen Previlegien aufzugeben. Der Wohlstand in Europa, hier in Deutschland ist nur möglich, weil überall in den ehemaligen Kolonien Hunger, Umweltzerstörungen riesigen Ausmaßes und Kriege tagtäglich Tausenden von Menschen das Leben kostet. Wenn Kaffeepflücker in El Salvador und alle, die daran arbeiten, den Kaffee in deutsche Supermarktregale zu bringen, einen Stundenlohn bekämen, der dem hiesigen Standard entspräche - dann wäre der Kaffee nicht mehr für 6,99 DM das Pfund zu haben. Die Menschen in den reichen Ländern müssen zwar einiges an Wohlstand aufgeben, aber sie bekommen auch etwas dafür: ein Leben in Freiheit, das nicht auf der Unfreiheit anderer beruht.
Eine Revolution "passiert" nicht einfach so. Spontane Aufstände von unterdrückten Menschen hat es im Laufe der Geschichte immer wieder gegeben. Die meisten dieser Revolten wurden jedoch niedergeschlagen. Oft war es die mangelnde Organisierung der Kämpfenden, die diese Aufstände scheitern ließen. Organisierung heißt: weg vom spontanen, individuellen Widerstand. Revolutionär zu sein kann kein spontanes Lebensgefühl sein, das jeder und jede eben hat oder nicht hat. Revolutionärer Kampf bedeutet auch, für den Zusammenschluß und die Zusammenarbeit aller Menschen zu kämpfen, die den Konzernbossen, Miethaien, Rassisten und Machos in die Suppe spucken wollen und ihre oppostionellen Hoffnungen und Wünsche bzw, revolutionären Ziele, Träume und Utopien nicht aufgeben wollen. Das ist schwer, es erfordert die Fähigkeit Kompromisse einzugehen ohne die eigenen Standpunkte zu verraten und aufzugeben.
In der derzeitigen Situation ist eine Organisierung natürlich nicht nötig, um aus der Revolte eine Revolution zu machen. Im Moment geht es schlicht darum, das zu retten, was noch zu retten ist. Es geht darum, ob "die Linke", ob eine revolutionäre Bewegung in der BRD in Zukunft überhaupt noch einen Platz hat.

Am diesjährigen 1.Mai wollen wir demonstrieren, daß es immer noch Menschen gibt, die von einer besseren Welt träumen und dafür kämpfen. Es gibt uns noch und solche wie uns wird es auch immer geben.
Wir wollen aufzeigen, daß es mehr denn je viele Gründe gibt, auf die Straße zu gehen, den Mund auf zu machen, nach zu fragen, mit anderen zu reden, sich zusammen zu schließen.

Wir kämpfen für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Hunger, in der die Menschen andere Beziehungen zueinander entfalten. Eine Welt, in der die Liebe zwischen Männern und Frauen nicht die Norm ist. Eine Welt, in der alle die Verantwortung dafür übernehmen, daß Behinderte sich frei bewegen können, wie und wohin sie wollen. Eine Welt, in der die Menschen das Was, Wie und Wofür der Produktion selbst bestimmen und ein anderes Verhältnis zur Natur entwickeln. Eine Welt,in der alle Menschen ohne Diskriminierung leben können, wo und wie sie wollen.

ES GEHT AUCH ANDERS !!

<u>Leseempfehlung (vor allem) für Männer</u>

Sehr zu empfehlen ist die Dokumentation einer Aktion einer Männergruppe mit antipatriarchalem Charakter ("MÄNNER GEGEN MÄNNERGEWALT") , die seit einiger Zeit in verschiedenen Infoläden ~~XXXXXXX~~ ausliegt. Im Mai und im Juni letzten Jahres haben die Männer im Dieffenbachkiez in 1/61 an 24 Orten Plakate geklebt, mit denen verschiedene Aspekte der"Alltäglichkeit des Patriarchats" angesprochen werden.
Die Bandbreite der angesprochenen Thmen reicht von der Rolle der Schule bei der patriarchalen Sozialisation über unbezahlte Reproduktionsarbeit von Frauen bis zu den "spektakulären" Themen wie Sex-Shops. Der Kiez-Charakter der Aktion bedingt natürlich, daß viele Themen überhaupt angesprochen werden. Natürlich haben wir auch Kritik aneinigen Texten; insgesamt aber halten wir die Aktion für einen guten ~~XXXXXXX~~ Aufhänger für die Diskussion über den allgegenwärtigen Charakter des Patriarchats.
In dieser Diskussion sollten wir auch unsere eigene Rolle als Stützer und Profiteure von sexistischen Strukturen thematisieren !

Charly Brown und Barny Geröllheimer

Runter mit dem Männlichkeitswahn !!



Stand nach dem AG-Treff vom 2.3.

Heraus zum widerspenstig/revolutionären 1. Mai 1993:

"...alle Verhältnisse um(zu)werfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist..."

Seit über hundert Jahren wird der 1. Mai von der ArbeiterInnenbewegung weltweit als ihr Kampf- und Solidaritätstag gefeiert. Unser erster Mai nimmt diese Tradition auf, begreift diesen Tag jedoch als Manifestation des Widerstandes gegen alle kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Unterdrückungsverhältnisse. In Bezug auf die BRD bedeutet dies für uns:

Zuspitzung rassistischer Diskriminierung und Bedrohung

Rassismus hat gerade in der deutschen Geschichte eine besondere Bedeutung. Während nun vor allem im Osten Millionen Menschen in die **Arbeits- und Perspektivlosigkeit gedrängt werden, forcierten Regierung, SPD und Medien auf dem Bodensatz des** "Wiedervereinigungs"-Chauvinismus die in der BRD-Geschichte größte Angstkampagne. Die Lüge: Nicht das Kapital vernichte Arbeitsplätze und verknappe den Wohnraum, sondern Flüchtlinge und MigrantInnen, die aus Gründen bitterer Not und wegen politischer und religiöser Verfolgung in die BRD kommen. Die staatsrassistische Hetze stößt auf Aufnahmebereitschaft: Über 20 Ermordete, ungezählte Verletzte. Hoyerswerda, Rostock, Mölln.
Das politische Gewicht **hat sich** nach rechts verschoben. antisemitische Strömungen machen sich breit, faschistische Gruppen nutzen den vom Staat bereiteten Nährboden und verstärken ihren Terror.
Der Staat geht jedoch vor allem gegen die Antifa vor, die sich dem rassistischen Mob entgegenstellt, derweil Faschisten oft frei agieren können (z.B. in Rostock). Kohl & Konsorten instrumentalisieren zynisch die Pogrome für ihr Konzept der Aslyrechtsverschärfung. Seit nach Mölln der AusländerInnenhaß exportschädigend zu werden drohte, heucheln die Politiker auf Großdemos staatlicherseits Ausländinnenfreundlichkeit - während Bonn gleichzeitig Sinti und Roma nach Rumänien deportiert, wo sie von Pogromen bedroht sind. Eine Allparteienkoalition kippt gleichzeitig faktisch das individuelle Grundrecht auf Asyl, das schon in seiner alten Fassung rassistisch und sexistisch war (Staatsbürgerschaft per "deutscher" Abstammung/ Nichtanerkennung von sexueller Folter an Frauen als Verfolgungsgrund). Der Rechtsstaat BRD rüstet den Bundesgrenzschutz zur forcierten Menschenjagd auf, errichtet einen rassistischen high-tech-Wall an der Ostgrenze und stutzt die Nachbarstaaten zu Flüchtlingsabfangschirmen zurecht. Die Mauer des kapitalistischen Nordens gegen das wesentlich von ihm verursachte und mit Gewalt aufrechterhaltene, weltweite, soziale Elend wird noch undurchlässiger gemacht.

Statt rassistischer Abschottung: Erhalt und Ausbau des Aslyrechtes! Uneingeschränktes Bleiberecht und uneingeschränkte gleiche Rechte für Flüchtlinge und MigrantInnen! Offene Grenzen! Aufbau von Selbstverteidigungsstrukturen gegen Rassisten und Faschisten!

Dieser nationalistischen Abschottung gegenüber MigrantInnen entspricht ein zunehmend härter geführter ökonomischer Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und um den "Standort Deutschland". Der Kern: Ausnutzung der Riesenarbeitslosigkeit im Osten und der Rezession im Westen zur Verschiebung des Kräfteverhältnisses für das Kapital in der Gesamt-BRD.

Gelungen sind die tarifpolitische Wende zum Reallohnabbau (3% im öffentlichen Dienst und in der Stahlindustrie), und die Ausweitung untertariflicher Bezahlung. Angepeilt wird die Verlängerung der Arbeitszeiten (z.B. Streichung von Karenz- und Feiertagen). Erfolgt ist die Kündigung der tariflich vereinbarten und dringend benötigten Lohnanapassung Ost.
Dieser Bruch von Tarifverträgen stellt eine neue Qualität des Klassenkampfes von oben dar.
Es geht um die Abwälzung der Kosten, die Staat und Kapital durch Rezession und DDR-Einverleibung entstanden sind nach unten. Die Gesellschaft soll vielfach gespalten werden: In MigrantInnen und Flüchtlinge/"erwünschte Arbeitskräfte", in AusländerInnen/Deutsche in Frauen/Männer, in Ossis/Wessis, in Beschäftigte/Marginalisierte.
Selbst die kritikwürdigen ABM-Arbeitsverhältnisse werden zusammengestrichen. Die Regierung verstärkt die Hetze gegen Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen und baut "moderne" Formen von Zwangsarbeit (AFG-Novellierung usw.) aus.
Senkung des Lebensstandards aller Lohnabhängigen zwecks Erhöhung der Profite lautet das Programm. Die am allerwenigsten haben, sollen durch Kürzung von Arbeitslosenkohle und Sozialhilfe noch besonders bluten.
Die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften setzt weder dem Rassismus in den eigenen Reihen, noch dem Lohnverzicht wirklich etwas entgegen. Gibt es einmal Bewegung an der Basis, brechen die Gewerkschaften Streiks gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Mitglieder ab. (ÖTV 1992). Der von UnternehmerInnen, Staat und Gewerkschaften angestrebte "Solidarpakt" hat nur den Zweck, die Lohnsenkungen und den Sozialabbau zu verschleiern und nationalistisch zu rechtfertigen.

Viele KollegInnen wehren sich gegen die Brechung der Tarifvereinbarungen. Gegen die Plattmachpolitik der Treuhand gab und gibt es - trotz der Massenarbeitslosigkeit - Demos, Blockaden, Betriebsbesetzungen, wie in Hennigsdorf oder Premnitz, sowie branchenübergreifende Zusammenenschlüsse. Dieser Widerstand wurde von den Gewerkschaftsspitzen jedoch torpediert und konnte isoliert bisher nur geringe Erfolge erzielen.

Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze: Sofortige Lohnangleichung im Osten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Statt Massenarbeitslosigkeit: Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Umverteilung der Arbeit! Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums für eine ausreichende soziale Grundsicherung!

Dies alles ist Bestandteil der Weltmachtrolle nach außen:
Im härter gewordenen Konkurrenzkampf der drei imperialistischen Zentren USA/Japan/EG geht es verstärkt um die Hackordnung. Die BRD als Führungsmacht der EG hat nach der Einverleibung der DDR an Gewicht gewonnen und mischt sich außenpolitisch immer stärker ein. Z.B. durch politische Diktate in Jugoslawien. Erst Konflikte verschärfen und dann militärisch zuschlagen: Der breite Parteienkonsens trifft Kriegsvorbereitungen. Deutsche Soldaten sollen für die eigene Weltmachtrolle in der "neuen Weltordnung" global mitkämpfen. Ob bei der WEU, der NATO oder der von den USA instrumentalisierten UNO, der künftigen kapitalistischen Weltpolizei - verkleistert mit humanistischen Phrasen. Schon

lange wurden von der BRD deutsche Waffen zielgerichtet z.B. an die türkische Diktatur geliefert und dort gegen die türkische Bevölkerung und die kurdische Befreiungsbewegung eingesetzt, schon lange wurden Diktaturen wirtschaftlich und politisch gestärkt.

Statt imperialistischer Aggression: Keine Bundeswehreinsätze im Ausland! Auflösung von Nato und WEU! Abschaffung der Bundeswehr!

"Internationalismusteil":

An der weltweiten imperialistischen Ausplünderungspolitik gegenüber den abhängigen Ländern hat sich nichts geändert. "Neue Weltordnung" bedeutet auch weiterhin: Kanonenbootpolitik gegen mißliebige Regime und vor allem Befreiungsbewegungen. Militärische Einsätze wie in Jugoslawien und Somalia werden als humanitäre Hilfe ausgegeben. Zum einen fördert der Norden z.B. in Afrika psyeudodemokratische Regime **zwecks Stabilisierung seiner Herrschaft.** Zum anderen stellt er "Militärhilfe" zur Verfügung, um Hungerrevolten unter Kontrolle zu halten.

Weitere Stichpunkte:

- Bedingungen des Befreiungskampfes in der "Dritten Welt"
- Veränderte Strategie vieler Befreiungsbewegungen
- Falsche, eurozentristische Sicht, überall nur Stillstand zu sehen (siehe Kurdistan, siehe eventueller Einflußgewinn der Linken in Lateinamerika, z. B. un Brasilien).

Unsere Ziele

Wir sind aus diesen Abwehrkämpfen heraus auf der Suche nach einer Alternative zum real existierenden, patriarchalen Kapitalismus der weltweit soziale Barbarei, ökologischen Wahnsinn, Kriege und Männerherrschaft bedeutet. Niemand auf der Welt müßte hungern, in Armut leben, erwerbslos sein, oder Existenzängste haben, wäre die Produktion nicht am Profit, sondern an den menschlichen Bedürfnissen orientiert. Diese - noch zu konkretisierende - Alternative beinhaltet eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel und selbstverwaltete, rätedemokratische Strukturen.
Männerherrschaft, sexistische Gewalt gegen Lesben und Schwule und Rassismus sind dadurch jedoch noch nicht beseitigt. Das "realsozialistische System" ist für uns kein Vorbild. Wir wollen eine andere, sinnvolle Form der Arbeit als die täglichen Erniedrigungen unter kapitalistischer, fremdbestimmter, Kommandogewalt. Wir kämpfen und träumen für eine Gesellschaft, wo die Menschen andere Beziehungen zueinander entfalten, in der sie das was, wie und wöfür der Produktion selbst bestimmen und ein anderes Verhältnis zur Natur entwickeln!.

Variante 1: Reformen können sinnvoll sein, packen die Übel jedoch nicht an der Wurzel. \`Revolutionär sein\` heißt für uns - bei allen unterschiedlichen strategischen Positionen und offenen Fragen - **Einigkeit im Willen zu einer radikalen Umwälzung der Gesellschaft.**

Variante 2: Reformen können sinnvoll sein, packen die Übel jedoch nicht an der Wurzel. Einziges wirkliches Mittel, daß die Übel in diesem System an der Wurzel packt, ist die Revolution, wofür wir in erster Linie kämpfen.

neue Variante 3, nach der AG-Sitzung entstanden:

\`Revolutionär\` heißt für uns - bei allen Strategiedifferenzen und offenen Fragen - radikale Gesellschaftsumwälzung mit dem Ziel, "... alle Verhältnisse um(zu)werfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist..."

Unsere Maidemo

verbindet die Tradition von 5 Jahren Kreuzberger 1. Mai-Umzüge mit dem letztjährig erstmals veranstalteten "Zug der Widerspenstigen aus Ost und West". Gerade in der gegenwärtigen Situation wollen wir am 1. Mai ein breites Oppositionsbündnis all derer, die sich wehren, wie z.B. den 15.000 Menschen, die im September 92\` für die Losung "Wir bleiben alle!" entschlossen demonstriert haben. In diesem Jahr gilt unser entschiedener Widerstand auch dem Plan, mit den olympischen Spielen im Jahre 2000 die Umstrukturierung der Stadt und die Vertreibung der sozial benachteiligten Bevölkerung zu forcieren.
Unser 1. Mai soll punktuell zu **einer** Vernetzung der verschiedenen Milieus des Widerstandes beitragen und vorwärtsgewandt an die Opfer des Rassismus erinnern.
Wir rufen alle Unzufriedenen, alle die, die den Konzernbossen, Miethaien, Rassisten und Machos in die Suppe spucken wollen, alle die, die ihre oppositionellen Hoffnungen, Wünsche, bzw. revolutionären Ziele, Träume und Utopien auf, sich **mit ihren Forderungen,** kämpferisch und phantasievoll unserer Demonstration anzuschließen!
Besucht unsre Veranstaltungen, lest unsre Zeitung, feiert mit uns!

Statt Olympiarekordmieten: Sofortiger Mietpreisstopp!
Statt Hauptstadtwahn: Autofreie Stadt Berlin, Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und Nulltarif!
Statt Ausgrenzung von Behinderten: Antidiskriminierungsgesetz!
Statt Zwangsheterosexualität: Uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben!
Freilassung der politischen Gefangenen aus RAF und linkem Widerstand! Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
(Passage zu Massenvergewaltigungen in Jugoslawien soll noch eingefügt werden).

UNRAST
Verlag
Querstr.2
4400 Münster 1
Tel. 0251/ 666293
Fax 0251/ 666826

Antifaschistische Literaturliste

Liebe FreundInnen,

der UNRAST-Verlag bereitet z. Zt. in Zusammenarbeit mit Anares-Medien-Nord die Fortführung der 1990 erstmals von der Edition ID-Archiv herausgegebenen "Antifaschistischen Literaturliste". In einer geplanten Auflage von 10.000 Exemplaren (ca. 72 Seiten A5 klammergeheftet) werden nach verschiedenen Kriterien alle z. Zt. erhältlichen Publikationen kommentiert - in Form von Kurzrezensionen - vorgestellt.

Wir planen die Abgabe der Literaturliste zum Selbstkostenpreis (Druckkosten, Autorenhonorar, Werbekosten) - gestaffelt nach der Abnahmemenge:

25 Ex.	DM 40,-
50 Ex.	DM 75,-
100 Ex.	DM 130,-
darüberhinaus 1,- DM/ Exemplar	

Wir sind davon überzeugt, daß die Literaturliste sehr bedeutend ist, um dem rassistischen Zeitgeist ein politisches Gegegngewicht zu bieten. Wir bitten um massenhafte Vorbestellung, da wir in den nächsten Wochen die endgültige Auflagenhöhe der Broschüre bestimmen müssen. Erscheinungstermin ist voraussichtlich Anfang Mai 1993.

Mit antirassistischen Grüßen

Jörn Essig-Gutschmidt
unrast-Verlag

EINIGE GEDANKEN ZUM 1.MAI 1993

in der revolutionären linken und der szene wird seit einigen wochen eine heftige debatte über die inhaltliche und vor allem praktische bestimmung der diesjährigen revolutionären maidemonstration geführt. diese auseinandersetzung findet auch in der interim statt. in den letzten wochen haben sich dabei zwei hauptlinien herausgeschält:
a) 13 uhr o-platz als fortsetzung der traditionslinie der letzten 6 jahre
b) 10.30 xyz-platz als praktischer ausdruck der notwendigkeit, daß radikale/revolutionäre linke politik neu bestimmt werden muß

ich möchte etwas zu der auseinandersetzung schreiben, weil ich kritik an beiden seiten habe und denke, daß ich damit nicht der einzige bin.
unter c) werde ich auf die gewalttätigen auseinandersetzungen zwischen autonomen und anderen revolutionären gruppen auf der einen, den rk und tkp/ml-maoistische parteizentrale auf der anderen seite eingehen. für mich ist dies aufgrund der erfahrungen der letzten jahre mit der vorbereitung der maidemo verwoben.

zu a) die befürworterInnen der traditionsroute sagen völlig zu recht, daß die o-platz demo dafür steht, daß ein leben ohne unterdrückung(sverhältnisse) nur revolutionär, im radikalen widerspruch zu den herrschenden und im subjektiven bruch mit den verhältnissen durchgesetzt werden kann. entstanden nach einem 1.5. des spontanen riots und als bruch mit dem reformistischen dgb-ritual ist die revolutionäre maidemo in kreuzberg insofern ein versuch, die ursprüngliche idee des kampf-und feiertages der arbeiterInnenklasse wieder auf die füsse zu stellen. freilich erweitert um die (zumindest vom anspruch her) gleichberechtigte thematisierung von rassismus und patriarchat. recht habt ihr auch, wenn ihr betont, daß die linke gerade wenn sie schwach ist, ihre erkämpften traditionen und handlungsspielräume nicht einfach wegwerfen darf.
gleichzeitig jedoch war die demo, trotz beteiligung von verschiedenen gesellschaftlichen gruppen, eine ausgesprochene so 36- szene-demo. so wurden widersprüche, die den autonom-alternativen alltag kaum berühren/berührten, wie z.b. lohnarbeit, weitgehend ausgeklammert. allerdings war bis 89/90 die autonome und antiimperialistische linke durchaus eine ernstzunehmende gesellschaftliche kraft, wie z.b. die iwf-mobilisierung zeigte. dies ist heute bekanntlich anders, und so hat sich-folgerichtig- die maidemo immer mehr zum ritual mit tendenzen zur selbstghettoisierung entwickelt. mobilisierend war/ ist ? ein rebellisches selbstverständnis/lebensgefühl, auf versuche von gesellschaftsanalyse oder kampfplattformen wurde sogar bewußt verzichtet. dadurch wurden linke tendenziell ausgeschlossen, die dieses lebensgefühl nicht haben, da sie in anderen lebens-und kampfsituationen stecken. menschen aus der ehemaligen ddr kommen -ob linker pds-rand, linke bügerbewegte oder autonome- in dieser herangehensweise ebenfalls nicht vor. insofern finde ich die ansprüche, die sich das "neue" mai-plenum gesetzt hat, richtig:
-die erstellung eines forderungskataloges/kampfplattform
-einbettung der forderungen in eine gesamtanalyse
-ansprechen von linken außerhalb der szene
-inhaltliche statt psychologische mobilisierung
(alles indirekt widergegeben aus dem 1. plenumsprotokoll, interim 228)
allerdings wäre es sinnvoller gewesen, die debatte zeitlich früher anzufangen und sie erstmal unabhängig von der technischen umsetzung zu führen. dies hätte dem rechnung getragen, daß es nunmal viele gibt, die den ersten mai genau so begehen wollen wie in den letzten jahren. . eskaliert ist die politische auseinandersetzung an der frage, ob damit die tradition 13.00 o-platz infragegestellt werden soll. an diesem-für viele, die ich kenne, der zentrale- punkt, bin ich mir unsicher: dafür spricht, daß mit dem infragestellen die falsche gleichung autonome szene=revolutionäre linke hinterfragt wird. dagegen spricht, daß aus der 6-jährigen tradition heraus für viele eine einheit von ort, zeit, und revolutonärem anspruch überhaupt existiert. demnach wird das aufgeben von ort und zeit als aufgeben des revolutionären anspruchs überhaupt verstanden. dieser meinung bin ich nicht, sie sollte aber berücksichtigt werden. die ort-zeit tradition ist vielmehr aus einer bestimmten historischen spezifik der autonomen und antiimperialistischen bewegung in westberlin der 80er jahre entstanden. diese koordinaten haben sich verändert. die" alten " fragen und gesellschaftlichen widersprüche sind jedoch nicht gelöst, sondern haben sich sogar verschärft- insofern ist weder beibehaltung der szene, noch die aufgabe revolutionären anspruchs, sondern die neubestimmung einer revolutionären linken dringender denn je.

b) setzt nun das diesjährige "neue" mai-plenum diese ansprüche um?

auch wenn in der interim 228 steht, "im vorfeld des propagierens von politischen inhalten nach außen muß die intensive diskussion um einige exemplarische inhalte/forderungen im bündnis stehen", ist es an der zeit, den forderungskatalog/aufruf zu veröffentlichen. um inhaltlich zu mobilisieren ist es notwendig, daß leute an dem aufruf in ihren gruppen diskutieren können und daran entscheiden, ob und wie (welches transpi, welcher block...) sie zur demo gehen.
politisch extrem mißtrauisch machen mich andeutungen in den plenumsprotokollen über den begriff "revolutionär". wollt ihr etwa doch nicht nur ort und zeit, sondern auch selbstverständnis und stoßrichtung aufgeben ? ich werde den eindruck nicht los, daß ein klar ausgedrücktes unversöhnliches verhältnis zu den herrschenden möglichen bündnispartnerInnen geopfert wird. damit würde die demo in einen reformistischen, herrschaftsstabilisierenden "konsens aller demokratInnen" hineinintegriert. sicher, es ist schwer in dieser situation weder "szenekonservativ" noch sektiererisch zu werden.doch um nicht geschnitten zu werden, den bequemen platz auf dem messerrücken zu wählen, hat mit revolutionärer politik nichts mehr zu tun. schon bei der begründung der notwendigkeit eines forderungskataloges in interim 228 schreibt ihr: "historisch haben sich auch revolutionäre kämpfe immer an einigen wenigen zentralen- für sich genommen "reformistischen"- forderungen aufgebaut und nie an dem "willen", nun der revolution zuzustreben (...)" ich denke, es ist immer beides, die veränderung der objektiven kampf-und lebensbedingungen (dazu die forderungen), und wie darin -und gegen die grenzen, auf die du stößt- die subjektive weiterentwicklung stattfindet. als revolutionärInnen dürfen wir keine illusionen entstehen lassen, kapitalismus,rassismus und patriarchat ließen sich ohne gewalt-oder ohne den willen zur umwälzung und zum bruch mit den verhältnissen- abschaffen.
zur bündnisfrage: soweit ich nachvollziehen kann, ist die einzige gesellschaftliche kraft, die hinzukam, die der kritischen gewerkschafterInnen. gerade in der situation jetzt -massenentlassungen in der stahlindustrie, lohnraub durch den solidarpakt, deindustrialisierung der ex-ddr- ist dies enorm wichig. aber ist es dazu notwendig, die dgb-demo am lustgarten zu grüßen? wir würden ihnen nicht in ihrer rolle als malocherInnen, sondern als mitglieder der reformistischen dgb-gewerkschaften begegnen. damit akzeptierten wir die "sozialpartnerschaftliche" einschnürung des klassenkampfes im dgb. wieso geht die demo nicht eher -zusammen mit kollegInnen- an einem bedrohten großbetrieb vorbei und macht dort eine zwischenkundgebung?
einen weiteren hammer finde ich die tatsache, daß ihr das fehlen von frauen/lesbengruppen, ausländischen genossInnen und menschen aus der ex-ddr einfach nur zur kenntnis nehmt und weitermacht wie zu vor. zieht doch endlich die notbremse, und überlegt, woran das liegt! so, wie ihr das ignoriert, ist das nebenwiderspruchshandeln von weißen westberliner männerdominierten zusammenhängen.

c) auch an diesem 1.mai befürchte ich gewalttätige auseinandersetzung zwischen rim-nahen kräften und anderen. meine grundposition ist die, daß ich gewalt zwischen gruppen, die sich selbst für linke revolutionäre halten, ablehne. ich sehe es so, daß aufgrund der letzten jahre bündnisse mit rk nicht mehr möglich/sinnvoll sind. das ist für mich jedoch getrennt zu halten von einer auseinandersetzung über die historische rolle des stalinismus oder fragen des personenkults allgemein. diese debatte ist mir wichtig, da- um aus fehlern lernen zu können- stalinismus nicht einfach verurteilt werden kann, sondern genau hinterfragt werden muß. gerade, um diese debatte mit allen beteiligten wieder möglich zu machen, ist eine rücknahme der eskalation voraussetzung. ich würde mir wünschen, daß die rk diesen schritt (erstmal) einseitig und von sich aus in wort und tat machen würde. das heißt praktisch z.b., daß so sachen wie einen unerwünschten lauti reinschieben und mit eisenstangen "verteidigen" , wie auch überbrüllen von redebeiträgen anderer von den rk selbst kritisiert werden müßten und in zukunft nie mehr laufen!! handelt nach dem satz von mao über die "widersprüche im volke", den ihr immer so gerne zitiert !! ein kleinliches auseinandernehmen der massenschlägerei letzten jahres, wer zuerst zugeschlagen hat, um so die eigene brutalität zu rechtfertigen löst garnix, sondern treibt die eskalation nur voran. auf der anderen seite müssen sich aber einige autonome fragen gefallen lassen, wie es kommen konnte, daß genossInnen aus anderen organisationen ebenfalls von autonomen geschlagen wurden, weil sie aufgrund nicht-deutschen aussehens für rk gehalten wurden ! das ist rassismus in aktion. auch sehe ich tendenzen, daß gegen andere kommunistische kleinorganisationen, wie z.b. spartakisten unter antikommunistischen beschimpfungen auch körperlich losgegangen wird, wie z.b. auf dem trauermarsch zur ermordung von silvio. auch das muß aufhören, da ein bürgerInnenkrieg zwischen linken nur den rechten und dem staat nützt. machen wir lieber treffen und veranstaltungen, lernen wir wieder uns konstruktiv zu streiten und greifen wir unsere wirklichen feinde an !

wie dem auch sei--
FÜR EINEN REVOLUTUIONÄREN ERSTEN MAI !!

rumpelstilzchen

Aktion gegen Abschiebung

Schönefeld. Jeden Tag werden 100 bis 150 rumänische Flüchtlinge vom Flughafen Schönefeld abgeschoben. Der BGS greift die Flüchtlinge an der Oder auf und bringt sie direkt zum Flughafen. Gesetzliche Grundlage hierfür ist das deutsch-rumänische „Rückführungsabkommen". Am Samstag morgen störte eine Aktion von „SOS-Rassismus" die Routine. „Mit dieser Abschiebepraxis verstößt der BGS gegen das noch geltende Asylrecht", erklärten sie über Megaphon den wartenden Reisenden. Die Flüchtlinge hätten keine Chance, überhaupt einen Asylantrag zu stellen. Um weitere Belästigungen der Fluggäste zu verhindern, so die offizielle Begründung, wurden die rund 40 DemonstrantInnen schnell vom BGS aus dem Gebäude gedrängt.

An die Leute von Klasse gegen Klasse!

Ich möchte als praktizierender aber nicht gläubiger Autonomer zu Eurer Broschüre "Warum dieser Hass?" kurz Stellung zu nehmen sowie über Eure Pläne, diese über die TAZ zu verbreiten.
In Zeiten allgemeiner Verunsicherung gibt es natürlich innerhalb der verbliebenen Linken das Bedürfnis nach einer einfachen und konzeptionell geschloßenen Orientierung für revolutionäre Politik. Um es gleich zu sagen, ich teile die Zentralaussage Eurer Broschüre, Euren einfachen Proletariatsbegriff nicht, der sich summatorisch aus Marx + Lumpenproletariat + die meisten AusländerInnnen zusammensetzt, mit Haupt- und Nebenwiderspruch arbeitet und eigentlich anachronistisch ist. Die "Klasse" kann sich nur über eine gemeinsame objektive Bedürfnislage aller sie zusammensetzenden Menschen bestimmen, ihre Stärke im Kampf nur über ein subjektiven Verhältnis zum kollektiven Kampf. Die objektiven Bedürfnisse der Menschen, aus der sich Eurer Ansicht nach die Klasse zusammensetzt sind aber derat unterschiedlich, müßen sie je nach politischem, ökonomischen und sozialen Status auch sein, daß sich darin keine von Euch gewünschte Einheit ableiten läßt. Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Zwischen einer Flüchtlingsfrau mit mehreren Kindern, ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Wohnung etc. und einem Werkzeugmacher bei Daimler Benz in Marienfelde, mit Jahreswagen und einem höheren Einkommen als so manche Mittelständler gibt es objektiv nicht viele gemeinsame Interessen.
Das Dilemma, in dem sich die autonome Bewegung befindet beschreibt Ihr z.T. richtig, weicht dem Problem aber mit einem Trick aus, das Problem, daß viele autonome eine mittelständische Sozialisation haben, in einem bestimmten Lebenabschnitt ihre individuelle Rebellion gegen ihre eigene Herkunft und die herrschenden Verhältnisse ausleben (oft mit einer extrovertierten, plakativen Radikalität) später aber in den Schoß der Gesellschaft zurückkehren auf Führungsebene, als Erneuerer, als Weiterentwickler des Systems. Dieser Lebensabschnitt ist gekennzeichnet durch das Weggehen aus dem Elternhaus, Anfangen einer "gehobenen" Ausbildung, abgesichert durch BaFöG oder sponsored by Mami, durch das Eröffnen von Freiräumen durch den Wegfall von Zwängen. Wenig davon muß sozusagen erkämpft werden. Dieser Lebensabschnitt endet dann meist auch mit der letzten Prüfung, die vielleicht noch ein zwei Jahre hinausgeschoben wird. Plötzlich verschwindet die Identität dieser Menschen und verwandelt sich in die Identität von ArchitektInnen, RechtsanwältInnen, ÄrztInnen, KünstlerInnen usw.,d.h. die Autonomen sind sozusagen Durchlauferhitzer für wildgewordene Bürgerkinder, die sich hinterher wieder in die privilegierte Klasse integrieren. Diesem Mechanismus weicht ihr aus, indem ihr die Menschen zur "Klasse" dazudefiniert, die aus anderen Klassen stammen, sich aber subjektiv für die Interessen des Proletariats einsetzen (meint iHR Euch damit selber?). Das glauben die meisten Autonomen auch zu tun, doch wie lange 1,2,5 Jahre? Danach wird kräftig mityuppiisieert. Soviel zu Eurer Definition des Proletariats.

Weiterhin sehe ich Teile Eurer Broschüre denunziatorisch gegenüber autonomen, militanten Gruppen. Seite 8 zitiert Ihr den Verfassungschutzbericht 1992!, wo im Rahmen einer Utopiediskussion eine autonome Person für sich ein Heile-Welt-Modell als Utopie für eine andere Gesellschaft vorstellt. Seite 29 stellt Ihr ein Mobilisierungsplakat für den letztjährigen 1.Mai, "Bonzen raus", in einen Zusammenhang mit Verschleierungspolitik gegenüber den Interessen des Proletariats. Im gleichen Absatz behauptet Ihr, die Plakatkampagne zum Innenstadtring als auch o.g. Plakat seien vom Staate finanziert worden und unterstellt aus diesen Behauptungen letztendlich seien hier Mittelklasseinteressen = Staatsschutzinteressen zur Verwirrung der Proletariats am Werke.
Einige Anmerkungen dazu: Die autonome Utopiediskussion 1990/91 zwischen vielen Gruppen und Einzelpersonen nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und zu Beginn des nationalistisch restauratorischen Abschnittes deutscher Geschichte war sinnvoll und notwendig. Sie wurde im Wesentlichen nichtöffentlich geführt und war auch nicht konkret zielbezogen, sondern sie war mit der Hoffnung verknüpft, neue Handlungskonzepte und gesellschaftüberwindende Strategien entwickeln zu können. Das von Euch abgedruckte VS-Zitat ist nicht repräsentativ und denunzatorisch.
Weder "Bonzen raus" noch die Plakatkampagne gegen den Innenstadtring wurde vom Staat in irgend einer Form unterstützt. Das ist Dreck! Beide Sachen hatten personell und inhaltlich nichts miteinander zu tun.
"Bonzen raus" war bewußt einfach, handfest und plakativ gehalten, um mehr Menschen auf die Straße zu bekommen, die mit Politzirkeln wenig am Hut haben, insbesondere ArbeiterInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Alleinerziehende, die sich der Universalität des Angriffs des Kapitals auf die innenstadtnahen Bezirke bewußt sind, die wissen, sie sollen hier rausfliegen, nach Marzahn oder sonstwohin, jedenfalls raus aus dem zu befriedenden repräsentativen Stadtzentrum.
Die Plakatkampagne gegen den Innenstadtring wurde von einer Fülle von Gruppen realisiert, u.A. Brückenini, Anti-Olympia-Gruppe, Stadtteil-, Frauen-, Antifagruppen, gegen die ein pauschaler Vorwurf "Mittelstandspolitik" zu betreiben, sinnlos ist.
Garnieren tut Ihr diese Ergüße mit dem Pauschalvorwurf viele "Linksradikale"(ist es für Euch ein Schimpfwort oder warum die Anführungsstriche?) seien Mittelstandskinder und damit arrogant gegenüber dem Proletariat (S.18).
Menschen und Gruppen, die an Aktionen gegen den Innenstadtring beteiligt waren unterstellt Ihr Mittelstandspolitik, da wollen sich sozusagen Etablierte die Ruhe auf ihrer Dachterasse an der Skalitzer Straße nicht nehmen lassen. Als Begründung für diese Unterstellung führt Ihr an, daß gerade dort besonders viele AL-WählerInnen leben und das dies das Hauptwahlkampfthema der AL gewesen sei. Der Umkehrschluß, es handele sich dabei um Mittelstandspolitik, nur weil die AL an diesem Punkt Politik macht, ist so verkürzt und falsch. Es gibt nicht nur, um beim Beispiel Eures unzureichenden Klassenbegriffs zu bleiben, einen unversöhnlichen Gegesatz zwischen Arbeit und Kapital sondern auch zwischen industrieller Produktion, einer ihrer wichtigsten Erscheinungsformen, dem Automobilismus und der Natur. Ihr schreibt dazu lapidar: ProletarierInnen sollten die Natur achten (S.8), Herr Töpfer läßt grüßen aber nicht die radikale Gesellschaftskritik. Eine Verhinderung des Innenstadtringes in Verbindung mit einer anderen Verkehrspolitik würde im

Übrigen nicht nur die Hauptstadtplanungen stören, sondern würde vielen "Klassen"-Mitgliedern Nutzen bringen, der Klasse der Nicht-Autofahrer/besitzer, insbesondere Alten, Kindern, Eltern, Behinderten.

Im Anhang listet Ihr dann eine Fülle von militanten Aktionen auf, die Eurer Ansicht nach proletarischen Charakter haben.
Dazu ein paar Anmerkungen: Ihr führt einen Haufen Aktionen auf, die z.T. von "Linksradikalen" unproletarischen Mittelstandskindern begangen worden sein müßen, Ihr habt bei den wenigsten Taten selbst Hand angelegt. Was ist Eure Motivation dahinter? Wollt Ihr Euch damit größeres politisches Gewicht verschaffen oder Eindruck machen bei weniger gut informierten Linken? Glaubt Ihr eine Hegemonie auf der Straße bei Aktionen im Viertel verloren zu haben?

Für Euch wie für alle anderen militanten Gruppen gilt, genau zu zielen. Bei den Aktionen der Wagensportliga wurden meines Wissens im wesentlichen echte Bonzenschleudern, Fahrzeuge der neuen S-Klasse von Mercedes, neue Porsche, 7er oder 8er BMW ` s oder aber Wagen von ausgesuchten Schweinen, Worch oder Data-Domizil angegangen, d.h. es hat immer sicher die Richtigen getroffen. VORSICHT ZENSUR ! Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, auch gegen ausländische Faschisten, Mafiosi und Kapitalisten vorzugehen (siehe Anschlag gegen Bonzenauto eines türkischen Kapitalisten um Weihnachten). Mit solchen Mitteln gegen Ausländer vorzugehen ist aber in einer Zeit, da gegen sie Brandstiftung und Mord allgegenwärtig sicher nicht unproblematisch und diskussionsbedürftig und zumindest nur in einer breiten Kampagne eingebettet akzeptabel. Linke Gewalt muß immer als solche zu erkennen sein.

Die Sache mit Nowakowski: Alle militanten Linken sollten ein solidarisches Verhältnis untereinander anstreben. Ich unterstelle Euch jetzt einmal, daß Ihr ihm wirklich den Verlust seiner Kniescheiben angedroht habt. Es gibt sicherlich kaum eine Linke, einen Linken, der für diesen kleinen Schreiberling etwas übrighat, aber 1.,glaube ich, habt Ihr ins falsche Regal gegriffen, wenn Ihr ihm Schußwaffeneinsatz androht und (und das gerade angesichts einer beginnenden Diskussion um bewaffneten Selbstschutz gegenüber Faschisten) und 2.leuchtet der Sinn einer Veröffentlichung Eurer Broschüre in der TAZ, dem "Volontoriat der bürgerlichen Medien" (Gremliza), in Eurer eigenen Logik nicht ein, da die TAZ fast ausschließlich von Mittelschichtsangehörigen gelesen wird. Sinnvoller wäre da sicherlich ein Publikationsversuch in der BZ. Ich fordere Euch auf, diese politische Dummheit zu unterlassen sowie Stellung zu nehmen zu der von mir geäußerten Kritik und verweise auf Seite 9, zweiter Spiegelstrich, Stichwort "Selbstkritik".

Mit solidarischen Grüßen, ein Autonomer.

Anmerkungen zu:„Welche, die auszogen, Flüchtlingsarbeit zu machen"

Wir stolperten schon bei der Überschrift.Was ist "Flüchtlingsarbeit"? Ist es ein samaritanisches, auf innere Befriedigung ausgerichtetes Engagement für Flüchtlinge? Wird sogar eingeräumt, da ihr ja nicht "StellvertreterInnen" sein wollt, m i t Flüchtlingen für die Verbesserung deren Situation auf politischer und sozialer Ebene zu agieren? Oder kommt der Anspruch hinzu, mit Flüchtlingen gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Staat zu kämpfen, und zwar auf der Grundlage vermeintlich gleicher Interessen?
Wie auch immer: ihr entlarvt eure gewissermaßen arrogante und rassistische Herangehensweise schon in der Überschrift.
Noch deutlicher aber im Absatz "Wunschbild der kämpferischen Flüchtlinge", von denen ihr doch tatsächlich erwartet haben wollt, daß sie "kollektiv gegen die vom Staat verantworteten Bedingungen ...kämpfen und sich darüber politisieren " würden.
Wer gibt eigentlich euch und uns, die wir hier in den imperialistische Metropolen sitzend, zahllose Nischen des Systems nutzend, genügend Privilegien genießen, das Recht, "Flüchtlinge" politisieren zu wollen??!
An vielen Stellen eures Artikels hatten wir den Eindruck, ihr sprecht von Porzellanpuppen, von kleinen Kindern, von einer entindividualisierten Masse. Und ihr seid erstaunt, ja entäuscht, wenn sich diese Masse vor euren Augen individualisiert, Gesichter zeigt, die in eure Ideologie nicht hineinpassen! Es macht euch offensichtlich große Schwierigkeiten, anzuerkennen, daß es sich hier um Menschen handelt, die in Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnissen stehen, in denen sie durchaus nicht nur Opfer sein können. Und das gilt für Männer mehr als für Frauen.
Wir selbst, die wir hier in Leipzig wohnen, haben seit zwei Jahren Kontakte zu AsylbewerberInnen in und um die Stadt.
Wir kennen viele ihrer Probleme, die Situation in Wohnheimen oder schlichten Lagern, ihre Wut auf das Wachpersonal, haben gesehen und sehen, wie sich Menschen im Exil verändern können. Wir übersetzten aber das Asylgesetz, Amtsschreiben, Hausordnungen mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der wir z.B. einem Türken, der eine Türkin heiraten wollte, bei Amtsformularen halfen.(Als Feministinnen, die sich intensiver mit muslimisch geprägten Gesellschaften beschäftigen, konnten wir dies sogar mit einem Lächeln, um so mehr, alsdaß die Frau im Reiferen Alter war und über die Verbindung nicht unglücklich schien.)

Unsere Kontakte zu Flüchtlingen schließen gegenseitige Besuche, füreinander Kochen, tiefgründigere Gespräche ein. Daß wir "chaotische BesetzerInnen" sind, stört viele überhauptnicht. Manche der AsylbewerberInnen, die sich bei politischer Betätigung einigen Gefahren aussetzen, kommen auch zu unseren Demos, Kundgebungen etc. Mit Kurden bereiteten wir nach den Newroz- Massakern letzten Jahres eine gemeinsame Demo vor. Im Übrigen haben wir hohen Respekt vor diesen Kurden, die mutig oder leichtsinnig genug sind, in der Stadt Plakate zu kleben und Flugis zu verteilen. Für uns waren und sind die Gespräche mit Leuten aus Eritrea, Bangladesh, Iran, Algerien etc. oft Anlaß, uns überhaupt oder intensiver mit diesen Ländern zu beschäftigen. Für uns ist das auch deshalb wichtig, weil wir ansonsten unseren kleindeutschen Problemen in und um unser BesetzerInnenghetto zu hohe Bedeutung beimessen würden.

Wir sind dafür, wenn schon, dann nur noch "Hoch die internationale Reziprozität" zu rufen, da Solidarität nur noch "den Schwächeren geben" heißt. Wir möchten lieber das betonen, was tatsächlich ist – eine Gegenseitigkeit.

Wer ist denn die/ der "Stärkere? Die Frau, die nachdem sie einem Tschetnik- Vergewaltigungslager entfliehen konnte, sich nach Deutschland durchgeschlagen hat, oder die Frau/der Mann die/ der ihr hier einen Stein in die Hand gibt, um sich gegen Faschos zu wehren? Wenn ihr nicht die Erfahrung gemacht habt, daß Flüchtlinge euch durchaus was zu sagen haben, dann tut ihr uns leid.

zu:"Wie sich Flüchtlinge engagieren"

Im August 1991 wurde in Sachsen das Tagesgeld für AsylbewerberInnen von 10dm auf 8.50dm gekürzt. Damals gab es in Leipzig ein Asylheim, ein Sechsgeschosser mitten in einem Hochhausghetto. Das Haus war mit über 400 Menschen überfüllt. Andererseits gab es noch einige ABM-Stellen mehr für die Betreuung. Auf die Kürzung reagierten die Flüchtlinge wütend. Es wurde die Auszahlung boykottiert, ein Plenum einberufen und beschlossen, eine Delegation nach Chemnitz zur Zentralen Asylbehörde zu schicken. Die BetreuerInnen versuchten sie, davon abzubringen. Teilweise mit Erfolg. Vor allem Leute aus dem afrikanischen Raum rebellierten weiter. Die Bullen wurden gerufen und stürmten den obersten Stock, wo sich die Leute verbarrikadiert hatten. Beim Bulleneinsatz wurde in geschlossenen Räumen CS-Gas eingesetzt? eine schwangere Roma verlor ihr Kind; viele die Illusion über ein Land, in das sie ja eigentlich geflohen oder gewandert waren, um etwas Ruhe und Frieden, politische und soziale Sicherheit zu finden.

Aber so darf das natürlich kein/ keine AsylbewerberIn sagen; den Behörden nicht, weil die knallharte Fakten und Beweise sehen wollen(Steckbrief nicht vergessen!), uns nicht, weil wir uns als gegen diesen Staat kämpfende Subjekte betrachten.

Wir haben mal einen Eritreer mit zu amnesty international genommen. Dort mußte er sich Fragen unterziehen, wie sie bei der Anhörung auch nicht anders gestellt werden. Wir kannten seine Geschichte und sie war für uns glaubwürdig. Als Mitglied einer islamischen Widerstandsgruppe (vor dem Sturz Mengistus) wußte er, was Krieg, Verfolgung und Gefängnis sind. Nach dem Gespräch sagte er eingeschüchtert und leise: „Ich möchte nur mal in Frieden leben. Warum verstehen sie das nicht?"

Wir können es verstehen und akzeptieren. Wir haben nicht das Recht, ihm zu diktieren, daß er sich gegen deutsche Behörden auflehnt und gegen Faschos Steine wirft. Eine Iranerin, die nach allem, was sie erlitten hat, hier Asylrecht bekam, drückte es uns gegenüber so aus:" Auch wenn es in Deutschland keine Flüchtlinge mehr gibt, eure Verfassung wird bleiben und die Nazis auch."

Aber welche/ welchen in unseren Zusammenhängen interessieren denn Asylgesetze, rassistische Verordnungen, die systematische Einzäunung von Flüchtlingen? Sie interessieren uns meist erst dann, wenn sie, die Flüchtlinge, Opfer faschistischer Übergriffe werden. Das zeigt erstens, daß wir das Feindbild Staat in seiner Komplexität nicht erfaßt haben und zweitens, daß uns FaschistInnen mehr interessieren als Flüchtlinge. Wie wehren wir uns denn gegen die Grundgesetzänderung? Was tun wir denn gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingen schon bei Antragstellung und ED-Behandlung? Vielleicht sollten wir statt der nächsten Solidaritätsdemo für Flüchtlinge lieber Zirndorf in die Luft sprengen!

Wenn ihr entäuscht seid, daß sich Flüchtlinge nicht genügend selbst engagieren für soziale Belange, mehr noch: ihr das angeblich unsolidarische Verhalten kritisiert, wird es Zeit, daß ihr euch doch mal intensiver mit Fluchtursachen und Migration beschäftigt. Ihr wollt Flüchtlinge zu einem Kollektiv(!) zusammengepreßt sehen und ignoriert, daß jede und jeder einen bestimmten sozialen und politischen und kulturellen Hintergrund hat. Warum sollten in einem Asylheim ein Iraner, der unterm Schah beim Sawak war und ein iranischer Kommunist ein Kollektiv bilden? Oder ein ehemaliger Securitate- Offizier und eine Romafamilie? Oder ein Marokkaner, der sowohl der Enge der Tradition, und Familie als auch der hoffnungslosen Arbeitslosigkeit entflohen ist, mit einem algerischen ~~Fundamentalisten~~ Islamisten? Oder eine Kurdin aus Nusaybin mit einem Türken aus einer anatolischen Provinzstadt? Natürlich, es finden sich immer "Kollektive", die gemeinsam kochen oder Ramadan halten oder zusammen in die Disco gehen. Und auch Familienmütter aus allen Teilen Jugoslawiens kennen gemeinsame Interessen. Aber: Es handelt sich hier um Asylheime, um Flüchtlingslager, nicht um besetzte Häuser!!! Jede/r hat verschiedene Gründe, hier her gekommen zu sein. Auch wollen sich hier einige niederlassen, andere so schnell wie möglich zurück, die nächsten erst etwas Geld verdienen, um zu Haus die Familie zu unterstützen. Jede/r kennt spezifische Formen des Umgangs mit sozialen, politischen, religiösen, ethnischen Problemen. Für viele ist aber das, was sie hier erleben eine Krisensituation, in der sie mit sich selbst und dann mit der Umwelt kämpfen müssen. Ihr definiert sie aber allein über eine "aus ihrer rassistisch bedingten schlechten Lage" hier und heute. Und da könnt ihr nur dahinkommen, wo ihr jetzt seid: an einem toten Punkt.

zu: Umgang mit Sexismus

Auch wir wissen, daß es schwierig ist, Kontakte zu Asylbewerberinnen zu finden. Aber eigentlich macht es wenig Probleme, als Frau mal an eine Tür zu klopfen, ein paar nette Worte zu sagen, vielleicht was für die Kinder mitgebracht zu haben, und zu fragen, ob Frau mal beim Essenkochen zusehen oder helfen kann. Oder ob Frau mal mit den Kindern einen kleinen Ausflug machen kann. Aber da wir ja Angst haben, mit einem Familienbild konfrontiert zu werden, was wir selbst ablehnen, wir das schnell als traditionell und patriarchalisch dominiert abqualifizierte Leben dieser Frauen geringschätzen oder sie bemitleiden, schieben wir sogenannte Sprachbarrieren und das Beschäftigtsein der Frauen vor und widmen uns dem anderen Geschlecht. Ist das traurig? Ansonsten gibt es viele verschiede Gründe, warum so wenig Frauen hier-her kommen. Daß Vergewaltigung in der BRD kein anerkannter Asylgrund ist, weiß eine Tamilin in Sri Lanka sicher nicht genau zu sagen. Vielmehr wird sie sich überlegen, daß die singhalesische Armee auch die und die und die Nachbarin so mißhandelt haben, daß Männer dies schon immer so machen und daß sie außerdem größere und größte Schwierigkeiten hätte, erstens das Land überhaupt zu verlassen und zweitens, sich durch die sogenannte Männerwelt allein durchzuschlagen. (sexuelle Demütigung und Gewalt gegen Frauen als beliebte Foltermethode - vgl. ai-Jahresberichte!)

Natürlich freuen wir uns, wenn es Herrn X gelingt, aus dem Folterland Y zu fliehen, und es schmeckt bitter, wenn wir wissen, daß für Frau Z diese Möglichkeiten viel geringer sind, einen Paß zu bekommen, allein reisen zu können. Und das, nach dem sie mit sehr viel mehr Schranken gebrochen hat, um überhaupt Repressionen zu widerstehen.

Und weiter: am Beispiel der in Leipzig nun wirklich aktiven MigrantInnengruppe der KurdInnen zeigen sich Schwierigkeiten, die Frauen i m A S Y L haben und zwar letztlich **m i t** ihrer eigenen Gruppe.

Was meint ihr eigentlich mit Feminismus? Meint ihr die **absolute** und konsequente Herrschaftskritik oder meint ihr Frauenpower gegen Männerherrschaft? Meint ihr arabischen, lateinamerikanischen oder westeuropäischen Feminismus? Wie kommt **ihr** eigentlich dazu, Möglichkeiten und Ergebnisse einer wie auch immer Feminismusdiskussion mit Leuten, mit Männern zumal, die aus Ländern kommen, in denen **die Situation der Frau eine andere ist** (auch wenn das grundlegende Herrschaftsverhältnis gleich ist), ~~mit Männern zumal~~, so eine Bedeutung beizumessen? Welche/r legt eigentlich fest, was ein "schräges Frauenbild" ist?

Gut. Unsere Erfahrungen reichen von einmaliger Anmache bis zu anständigem Umgang mit uns Frauen. Warum sollen wir da **auf eine flache Aussage** drängen wie: "Ich bin für die Gleichberechtigug von Mann und Frau.", wenn ~~ich~~ **wir in unseren angeblich weitgehend feminisierten autonomen Zusammenhängen tagtaglich Männer erleben,** denen **dieser** Spruch **und anderes leicht über die Lippen geht,** die **aber dennoch auf einer Vielzahl männlicher Privilegien hocken, die sie aus Feigheit und Bequemlichkeit nicht bereit sind, aufzugeben?** In den uns **bekannten** Asylheimen **werden wir mit sehr viel Herzlichkeit** und **Höflichkeit** behandelt. **Mann** kocht uns **Tee, Mann** kocht uns Essen usw. Auch **das sei Sexismus,** aber es **ist immer** noch **besser als** autonom-"feministischer" Rassismus und Kulturimperialismus!

Übrigens sind wir erst kürzlich in den Genuß einer hochinteressanten Debatte über die Frau in der **Gesellschaft und Geschichte gekommen.** Angefangen **hatten nicht** wir sondern ein Oromo und ein Iraner.

Thema Pornos: Ja, auch wir kennen **beklebte** Wände in Asylheimen. Wir haben auch schon viele halbnackte und nackte Frauen dort gesehen, klassifizieren sie aber als erotisch. Angenehm ist uns das dennoch nicht. Wir sind uns nicht sicher, ob wir lieber einen Lenin oder Apo oder Jesus an der Wand **lächeln sehen. Aber** wäre es nicht möglich, daß **hocherotische Bilder aus** Gründen der Ästhetik **an** diesen häßlichen Wänden **hängen? Oder ob da Männer aus** uns fremden Kulturkreisen **versuchen, mit traditionellen** Tabus zu brechen und einen **gewissen** Drück **von sich zu nehmen.** In diesen **Zimmern sind wir** jedenfalls **nie belastigt** worden. Übrigens haben wir **die Erfahrung, daß diese Typen meist an einer bestimmten** Stelle **verklemmt sind. Fragt doch solche Leute spaßenshalber mal,** ob **sie mit** euch in eine gemischte Sauna gehen würden? Sie sagen **sicher Nein.**

Mit Vergewaltigern oder Männern, die dessen von Frauen beschuldigt werden, würden wir jeden Kontakt **abbrechen, vielleicht** noch andere Konsequenzen **überdenken. Für Frauen ist es meist ein schwerer** Schritt, **eine solche Tat** überhaupt anderen **zu vermitteln, da sie meist** in die **Täterinrolle gedrängt wird. Sie wird Gründe gehabt** haben für eine so schwerwiegende Anschuldigung.

Schluß: Zunächst **schätzen** wir es, daß **ihr** auch engagiert und freuen uns, wir wissen um die Schwierigkeiten dieser ganzen Problematik, nicht **zuletzt** auch deshalb, weil wir erfahren haben wie belastend MitwisserInnenschaft **bezüglich** der Geschichten, von den Flüchtlingen selbst oft nicht verarbeiteten **Erlebnisse ist.**

Wir verlangen von euch **keine** Studien der Völerkunde, **Entwicklungs**soziologie, orientalischer oder afrikanischer **oder osteuropäischer** Sprachen. Aber nur **mit** einem **antifaschistischen** Anspruch kommt ihr nicht **weiter.**

Es wäre schön, wenn **ihr einige Dinge** überdenken **würdet, bei** der **Anerkennung von gewissen Tabus ("Kriminalität") nicht stehen** bleiben sondern eine Diskussion wagen würdet. Wir zumindest suchen euren **Kontakt.**

Gruppe Kahina, Leipzig



STOPPT DIE JUSTIZWILLKÜR

Der unverhaltnismäßige Polizeieinsatz und die Eskalation der Gewalt in der Nacht vom 27. zum 28. November 1992 hatte einen Schwerstverletzten und eine bislang noch nicht ermittelte Zahl weiterer Verletzter sowie über 40 Festnahmen gefordert. Noch immer sitzen 5 Jugendliche in Untersuchungshaft. Heute,am 8.3. wird der erste Prozeß vor dem Landgericht gegen drei dieser Jugendlichen eröffnet.

Hintergründe

Die labile Situation in der Leopoldstraße, die seit Monaten oft Gegenstand der Presse war, kann nur der Aufhänger für diesen Polizeiüberfall gewesen sein. Wir betrachten die Ereignisse nicht losgelöst, sondern in folgendem Kontext:

1. Die schweren Auseinandersetzungen fanden am Ende einer Woche statt, in der nach den faschistischen Morden von Mölln, Wuppertal und Berlin auch in Leipzig antifaschistische Demonstrationen organisiert worden waren. Es war eine Situation, in der die großen PolitikerInnen der BRD begannen, verbal eine rechtsradikale Gefahr anzuerkennen. Gleichzeitig betonten sie jedoch, gegen die "Gewalt von Links und Rechts" härter vorgehen zu wollen. Es sei hier auf den 21.3.92 verwiesen, an dem faschistische Organisationen ungestört eine Kundgebung vorm ehemaligen Dimitroffmuseum abzogen, während gegen linke und DemonstrantInnen der Bürgerbewegung mit Knüppeln und Wasserwerfern vorgegangen wurde. War der 27.11. eine nachträgliche Legitimation für die in der Öffentlichkeit kritisierte Polizeiaktion im März ?

2.Seit den Sommermonaten verhandelten Stadt/LWB mit InstandbesetzerInnen aus Connewitz um Mietverträge.

Gleichzeitig stellten CDU/DSU verstärkt Räumungsanträge im Stadtparlament. Die BesetzerInnen hatten wenig Verhandlungsspielraum. Es wurde versucht, ihnen verfassungs- und mietrechtswidrige Verträge aufzuzwingen. Wir sehen den brutalen Polizeieinsatz, bei dem auch Einheiten aus Dresden und Chemnitz agierten (bekannterweise unterstehen die SEK dem Innenministerium des Landes) als letztes Argument der LWB/Stadt und des Landes Sachsen. Verwiesen sei nochmal darauf, daß die Stadt SPD-regiert ist, während das sächsische Parlament CDU-dominiert ist.

Aber nicht nur die großen Parteien benutzen Connewitz als Spielball eigener Machtinteressen, sondern auch Parlamentsabgeordnete von Bündnis und PDS verlangten zunächst eine öffentliche Distanzierung von sogenannten "kriminellen Elementen".

Kriminalität in und um die Leopoldstraße wurde in den Medien permanent hochgespielt, während polizeiliches Vorgehen gegen professionelle und gutgekleidete Autodiebe, die es auch in Connewitz gibt, nicht erkennbar ist. Es wird versucht, Connewitz-Süd als Hochburg "Krimineller Linksextremisten" darzustellen, während die rechtsradikale Gewalt in vielen anderen Stadtteilen Leipzigs behördlich ignoriert wird. Greift ansonsten die Polizei bei eindeutig

rechtsradikal motivierten Gewalttaten gegen AusländerInnen viel zu spät oder gar nicht ein, ist es mehr als erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit sie am Abend des 27. November Polizeieinheiten aus ganz Sachsen herbeigeholt haben will.
Wir wollen hierzu wiederholen: Uns sind Informationen zugegangen, nach denen die Leipziger Polizei bereits am Nachmittag des 27. November und zwar gegen 17 Uhr in Alarmbereitschaft war.
Außerdem sei das SEK (Chemnitz und Dresden) bereits gegen 15 Uhr angefordert worden. Der sogenannte Warnschuß in der Leopoldstraße, bei dem ein 17-Jähriger in der Hüft schwer verletzt wurde, fiel aber erst nach 21 Uhr. Die besagten Informationen zu prüfen hat das Bündnis 90 einen unabhängigen parlamentarischen Untersuchungsausschuß angeregt. Der diesbezügliche Antrag im Sächsischen Landtag wurde aber mit den Stimmen der SPD abgelehnt, und zwar aus der gleichen Motiven heraus, wie auch schon nach dem 21. März ein Untersuchungsausschuß durch das Parlament abgeblockt worden war.

Zu den Verhaftungen

Die Festnahmen erfolgten fast ausschließlich vorm von der Polizei zunächst gestürmten Atelierhaus ZORO. Die BesucherInnen einer Geburtstagsfeier und eines Konzerts wurden im Spießrutenlauf auf den Hof getrieben. Sie mußten sich in die Pfützen und den Dreck legen und bekamen dabei gezielte Schläge in die Nierengegend, Rücken und Kopfbereich. Später wurden wahllos Verhaftungen vorgenommen. Vorort wurden ein Journalist und ein Sozialarbeiter zusammengeschlagen, eine Krankenschwester, die Erste Hilfe leisten wollte, festgenommen.
Die verhafteten Personen sind nicht über ihre Rechte aufgeklärt worden. Im Falle von Minderjährigen wurden die Eltern viel zu spät benachrichtigt. Die Ermittlungsrichter schickten nach eigenem Ermessen und angeblich aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe mehr als dreißig Personen in Untersuchungshaft.

Haftbedingungen

In der Untersuchungshaft erhielten die Inhaftierten eine völlig überholte Liste mit PflichtverteidigerInnen. Auf dem Jugendblock in der Kästnerstraße wurden einige von Rechtsradikalen zusammengeschlagen und bedroht. Uns ist ein Fall bekannt, in dem ein Jugendlicher mit der Auflage entlassen wurde, den Behörden Informationen über die sogenannte "Connewitzer Szene" zu liefern.
Die Staatsanwaltschaft selbst hat sich nicht an ihre gesetzliche Vorlagen gehalten. So hat sie z.B. Haftprüfungstermine vorgezogen oder verschoben und dabei AnwaltInnen nicht oder zu spät benachrichtigt. Eltern, welche ihre Kinder besuchen wollten, erhielten anfänglich keine Besuchserlaubnis; von Freunden und Freundinnen ganz zu schweigen. Eltern hatten nicht nur bei den Behörden mit Problemen zu kämpfen, sie wurden in einigen Fällen auch durch die Presse in entwürdigender Art und Weise behandelt.
In vielen Fällen macht sich die Staatsanwaltschaft nicht mal die Mühe, "individuelle Schuld" festzustellen. Stattdessen gibt es Massenanklagen, die Jugendliche verfolgen, nur weil sie sich "am Tatort", der ja mehrere Straßenzüge umfaßte, aufgehalten hätten.
Auch ist es völlig widersinnig, warum Jugendliche, die "geständig" waren und in festen Wohn-, Ausbildungs-,bzw. Arbeitsverhältnissen stehen, länger als drei Monate in Untersuchungshaft zu halten.

Zu den Prozessen:
Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren !

Koordinierungsgruppenbüro

Koordinierungsgruppenbüro
Haus Der Demokratie
Bernhard- Göring- Str. 152
7030 Leipzig
Tel.: (0341) 3911149

Leipzig, den 09.03.93

PRESSEERKLÄRUNG ZUM ERSTEN PROZEß GEGEN DIE ANGEKLAGTEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN EREIGNISSEN IN LEIPZIG-CONNEWITZ IN DER NACHT VOM 27./28.November 1992

Das erste Urteil ist gesprochen. Bewährungsstrafen in Höhe von 12 Monaten für Danny, 9 Monaten für Ingo und 6 Monaten für Detlef in einer Bewährungsfrist von 2 Jahren.
Dabei hat das Gericht anerkannt, daß die Auseinandersetzungen in Connewitz soziale Hintergründe hatten, dennoch sei Gewalt an und für sich nicht zu akzeptieren. Wenn der Richter das Handeln der Jugendlichen für nachvollziehbar hält, andererseits aber hohe Bewährungsstrafen ausspricht (nicht zu vergessen, daß die Angeklagten über drei Monate in U- Haft saßen), ist das bundesrepublikanische Rechtssystem mehr als fragwürdig.
Die Staatsanwaltschaft indes hat sich selbst disqualifiziert weil erstens, der Prozeß zu hoch (Landgericht) angebunden war und zweitens, selbst das Gericht die Zeugenaussagen der Polizisten für "unbrauchbar" hielt. In plumper Rhetorik wandte sich der Staatsanwalt Scholz in seinem Plädoyer an den brechend vollen Gerichtssaal: Beim nächsten Krawall sollten sich die ZuschauerInnen überlegen, ob sie auf die Straße gehen und wen sie damit unterstützen. Damit stempelte die Staatsanwaltschaft sowohl FreundInnen und Bekannte der Angeklagten, als auch deren Eltern, SozialarbeiterInnen, Presse etc. als potentielle GewalttäterInnen ab. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wer denn nun Gewalt provoziert.
Zur unverhältnismäßig langen U- Haft ist zu bemerken, daß nach Auffassung der Verteidigung und auch unserer Meinung nach angebliche "Fluchtgründe b.z.w. Verdunkelungsgefahr" nicht vorlagen weil die Angeklagten in festen Wohn- b.z.w. Ausbildungsverhältnissen stehen und außerdem geständig waren. U-Haft und hohe Strafandrohung (4-6 Jahre) seitens der Staatsanwaltschaft haben ihre psychische und physische Wirkung auf die drei jungen Männer nicht verfehlt.
Zynisch bemerkte die Staatsanwaltschaft, daß, indem sie auch gegen PolizistInnen ermittele, sie in der "LVZ" annonciert hätte und durch die Polizei evtl. Verletzte ZeugInnen suche. Es hätte sich bisher nur eine Zeugin bei ihr gemeldet. Gleichzeitig unterschreibt Herr Staatsanwalt Scholz Anklageschriften gegen eine größere Zahl vornehmlich jugendlicher Personen, die allein deshalb strafverfolgt werden, weil sie sich am Abend des 27.11. in Connewitz aufgehalten haben. Diese Strafverfolgung wegen einfachem Landfriedensbruch schreckt potentielle ZeugInnen vor einer Anzeige wegen Körperverletzung durch die Polizei ab.
Für uns steht fest, daß mit dem Polizeieinsatz in Connewitz, das für sein besonderes und sensibles Klima bekannt ist, versucht wurde, auszutesten, wie weit polizeiliche Gewalt gehen kann und wie auf sie reagiert wird. Damit korrespondiert auch die Verdrehung von Tatsachen zum Beispiel in der Hinsicht, daß eine Polizistin, die durch einen sog. Warnschuß Daniel H. lebensgefährlich verletzte, ein Verfahren wegen "schwerer Körperverletzung" hat, während gegen den Schwerverletzten wegen "versuchter Tötung" ermittelt wird.

Der Schrei nach einem höheren Strafmaß für die LandfriedensbrecherInnen von Lichtenhagen wird seitens der Justitz versucht, auch gegen ein vermeintlich linkes Spektrum, das Herr Scholz in Connewitz sieht, anzuwenden.
Dabei handelt es sich hier erstens, um eine völlig andere Situation: so hat die Verteidigung, dasß die sog. "Krawallnacht" eine emotionale Reaktion auf die Unverhältnismäßigkeit, polizeilicher Mittel war, die Angeklagten spontan, ohne Vorsatz, ohne Planung gehandelt haben. Zweitens, zeigt es sich wieder einmal, daß ein lackierter Pkw oder ein Wasserwerfer der Polizei mehr zählen, als die Gesundheit und das Leben von Flüchtlingen oder "Connewitzer Chaoten".

Erneuter Prozeß gegen IrInnen

Am 1. April 1993 beginnt vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Celle der Prozeß gegen Pauline Drumm, Donagh O' Kane und Pat Murray, 3 im Sommer 1992 von Frankreich an die BRD ausgelieferter Menschen aus Irland. Dort waren sie im Sommer 1989 festgenommen worden.
Angeklagt sind die drei hier in der BRD wegen eines Anschlags der PIRA (Provisional IRA) auf eine britische Militäranlage in Osnabrück 1989, "Agententätigkeit zu Sabotagezwecken", d.h. im Nicht-Juristendeutsch Ausspionieren von möglichen Anschlagszielen, sowie Ausweisvergehen.

Dies ist der 2. "IrInnenprozeß" in der BRD.
Fast 2 Jahre, von August 1990 bis Juni 1992, dauerte der Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry Mc Geough. Angeklagt waren diese wegen ein bzw. zwei Anschläge auf britische Militäreinrichtungen. Das Hauptanklagekonstrukt der Bundesanwaltschaft war im Laufe des Prozesses völlig zusammengebrochen. Der Haftbefehl gegen Gerry Han. mußte aufgehoben werden. Anstatt ihn jedoch freizulassen, wurde er wegen eines Auslieferungsbegehrens der Briten weiter in Auslieferungshaft gehalten. Gerry Han. wiurde im Sommer 1992 lediglich wegen Verstosses gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt und anschließend nach Belfast ausgeliefert.
Das Verfahren gegen Gerry Mc. endete mit einer vorläufigen Einstellung. Er wurde noch vor Abschluß des Verfahrens an die USA ausgeliefert, nachdem auch sein Haftbefehl wegen der dürftigen Beweislage eingestellt werden mußte.

Wie schon das Verfahren gegen die beiden Gerrys ist auch das Verfahren gegen Pauline, Pat und Donagh kein § 129a-Verfahren. Aufgrund einer Gesetzesänderung ist jedoch für die Aktivitäten ausländischer "terroristischer Vereinigungen" (wie sie die PIRA wohl sein soll) das OLG als erstinstanzliches Gericht und die Bundesanwaltschaft als Anklagebehörde hier zuständig.
Zum Vergleich:
Um seinerzeit die PKK vor dem OLG Düsseldorf als "terroristische Vereinigung" anklagen zu können, hatte es noch das Konstrukt einer in der BRD selbstständig agierenden Teilorganisation der PKK bedurft.

Hintergrund

Nach der brutalen NIederschlagung der kath.-republikanischen BürgerInnenbewegung gegen die nationale Unterdrückung durch die Briten Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, bildete sich die Provisional IRA als eine Abspaltung der Official IRA. Dies war die Antwort auf das Untätigbleiben der (Official) IRA in dieser Situation.

Die Provisionals gewannen bald massiven Zulauf in der republikanischen Bevölkerung. In den frühen 70er Jahren sind sie die einzige Organisation, die einen effektiven Schutz gegen die Progrome und Übergriffe loyalistischer Organisationen geben kann. Die Provisional IRA ist heute die eigentliche Nachfolgerin der alten IRA. Die Officials haben keine Bedeutung mehr.

Seit Mitte der 70er Jahre ist es Strategie der PIRA, den Konflikt nicht - wie es die Briten gerne hätten - auf Nordirland zu beschränken, sondern überall dahin auszuweiten, wo Britanien seine Truppen stationiert hat.
Seit 1978 fanden immer wieder Angriffe auf britische Militäreinrichtungen und deren Mitglieder statt.
In diesem Zusammenhang ist auch die Anschlagsserie der PIRA Ende der 80er gegen die britische Rheinarmee zu verstehen.
Teile der in der BRD stationierten Truppen der britischen Rheinarmee werden gezielt für den Krieg in Nordirland ausgebildet und in den 6-counties (Nordirland) eingesetzt. Auf dem Truppenübungsplatz "Sennelager" (NRW) existiert z.B. ein realitätsgetreuer Nachbau eines nordirischen Stadtteils, incl. Parolen an den Wänden.

Insgesamt werden 13 IrInnen und Iren auf dem europäischen Kontinent festgehalten. Sie sind unter Sonderhaftbedingungen in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und in der BRD inhaftiert.

Einschätzung

Dieser Prozeß ist sicherlich als ein weiterer Versuch der BRD zu werten, ihre Vormachtstellung in Europa bei der Bekämpfung des "internationalen Terrorismus" zu festigen.

Im "1. Irenprozeß" hat sich gezeigt, daß eine Verurteilung der beiden Angeklagten wegen der konkret vorgeworfenen Anschläge, nur vordergründig wichtig war. Eigentliches Ziel war es, die Provisional IRA als "terroristische Vereinigung" festzuschreiben.

Bleibt abzuwarten, ob die Bundesanwaltschaft diesmal mit ihrer konkreten Anklage durchkommt. Immerhin wird diesmal vor einem anderen Gericht verhandelt.

Der Prozeß in Celle ist nicht in erster Linie ein strafrechtliches Verfahren, sondern ein juristisches Mittel zur Aufstandsbekämpfung. Damit wird die kolonialistische Politik, die Britanien in Irland betreibt, unterstützt.
Daneben hat die BRD selbst natürlich kein Interesse, daß die "Stabilität"eines vereinten Europas durch "terroristische Vereinigungen" gestört wird.

Auffallend ist auch in dem 2. Prozeß gegen IrInnen die Zusammenarbeit der europäischen Repressionsapparate.
Nach ihrer Verurteilung in Frankreich wurden die 3 an die "Oberbehörde" BRD weitergeleitet, um nun mit einem neuen Prozeß überzogen zu werden.
Die Auslieferung erfolgte unter der Bedingung, daß Frankreich einer weiteren (durchaus möglichen!) Auslieferung nach Norirland zustimmen muß.
Das Auslieferungskarussell dreht sich.

Einstellung der Verfahren gegen Pauline Drumm, Donagh O' Kane und Pat Murray !

Freilassung der irischen Gefangenen !

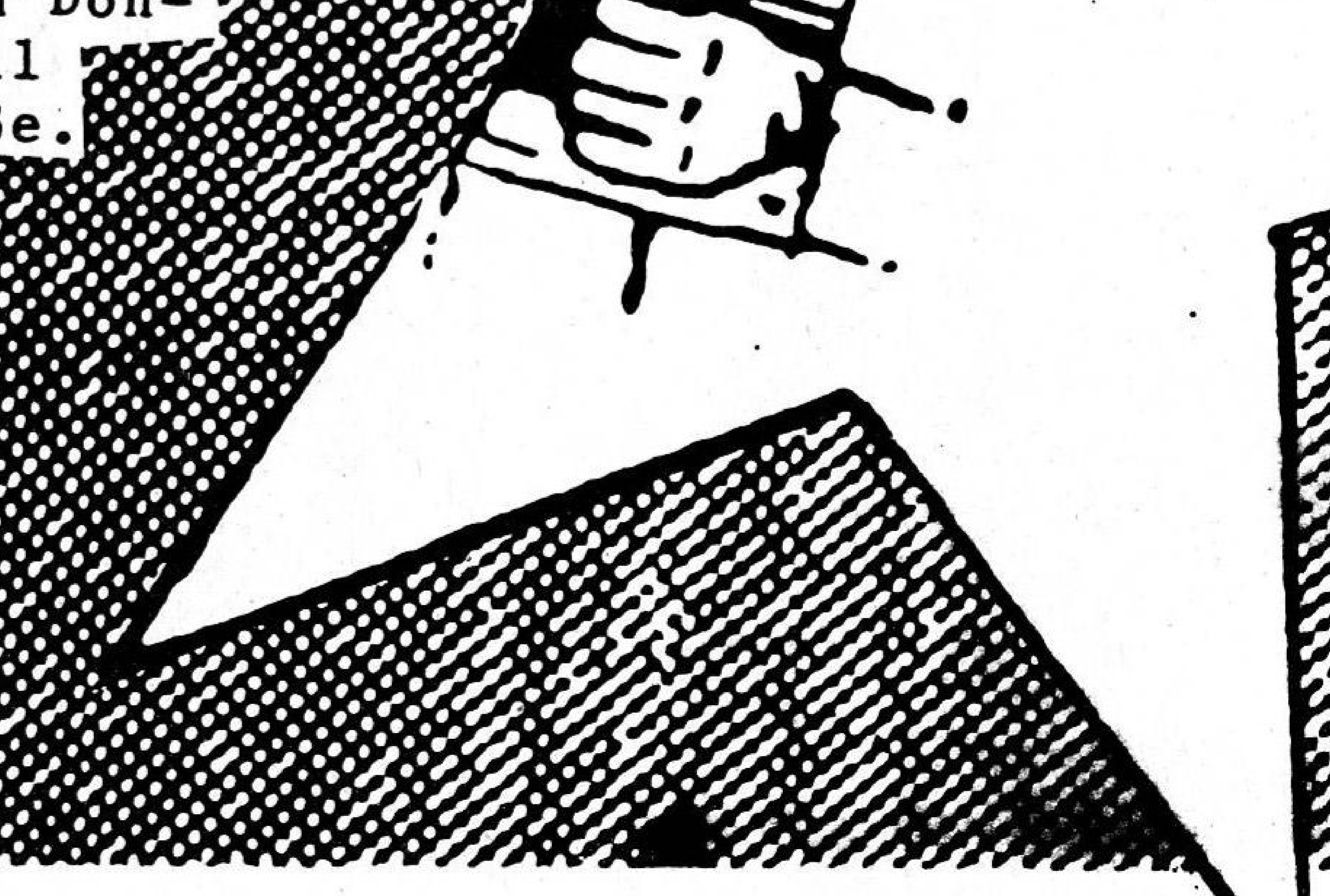
Keine weitere Kriminalisierung des irischen Befreiunkampfes !

Für eine starke internationale Solidarität !

Gebt den 3 nicht das Gefühl allein zu sein, schreibt ihnen und kommt zum Prozeß !

Postadresse ist jeweils über den 4. Strafsenat des Oberlandesgericht Celle, Schloßplatz 2, 3100 Celle.

Die ersten beiden Verhandlungstage finden am Donnerstag den 1. April und Freitag den 2. April statt im Saal 94, Nebeneingang, Kanzleistraße. Bringt sicherheitshalber euren Perso mit.



Prozesstermine

Do 01.04.	10.15 Uhr
Fr 02.04.	9.00 Uhr
Mi 07.04.	10.15 Uhr
Do 15.04.	10.15 Uhr
Fr 16.04.	9.00 Uhr

Irlandsolidarität
c/o Infoladen
Kornstr. 28/30
3000 Hannover 1

DONNERSTAG 1.4.

Deshalb fordern wir:
LASST UNS UNSERE "36"
-Ausnahmeregelung für Kreuzberg-

Protestumzug 1.04.1993



Heinrichplatz 20.30
Kerzen für Lichterkette nicht vergessen



FREITAG 2.4.

Straßenkinder in Brasilien



Menschenrechtsverletzungen und Todesschwadrone

Volmer do Nascimento
(Mitbegründer der Movimento Nacional de Meninos e Meninas de Rua)
berichtet über die
Organisierung der Straßenkinder

Zeit: **Freitag, 2.4.93, 19.00 Uhr**
Ort: **Kulturhaus - Mitte,**
Rosenthaler Str. 51, 1020 Berlin
(Fahrverbindung: U-Bahn Weinmeisterstraße, S-Bahn Hackescher Markt, Tram 49, 70)

Veranstalter Straßenkinderkomitee Brasilien c/o FCDL - Greifenhagenstr. 2a - 1761
Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz

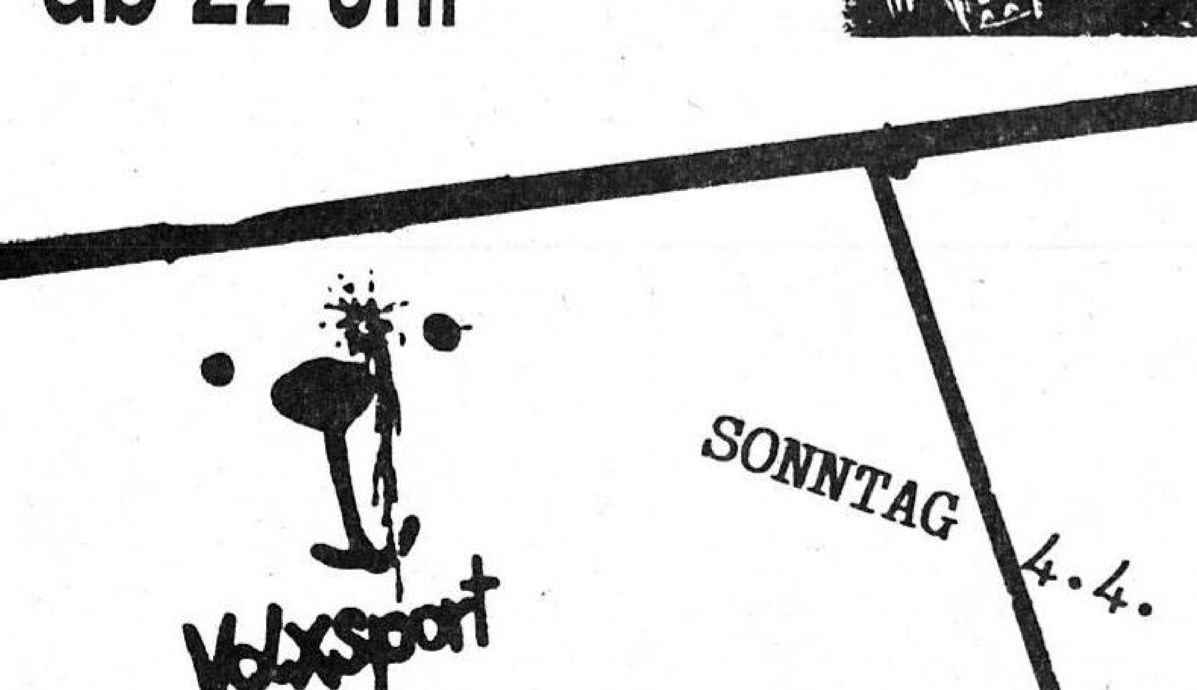
SAMSTAG 3.4.





MEHRINGHOF
ab 22 Uhr

SONNTAG 4.4.



FAHRRADDEMO GEGEN OLYMPIA

SO.4.4. 14 Uhr
Alex, Rotes Rathaus

WIDER- DEN NORMALZUSTAND

RECHT FÜR TIERE
Info,
Vegan Vokü

Video: Animal Liberation - The Movie

GEGEN HERRSCHAFT

ESST DIE REICHEN NICHT TIERLEICHEN

STOP VIVISEKTION NOW!!

FÜR DIE BEFREIUNG VON MENSCH + TIER

SUPPORT ALF

4.4.93
DRUGSTORE
POTSDAMERSTR. 180
2.STOCK 17.00

EX-INFO

Wir müssen uns `nen neuen Tresen bauen und haben deswegen vom 1.4. 0 Uhr bis 5.4. 20 Uhr geschlossen. Dafür haben wir am darauf folgenden Wochenende volles Programm mit Konzert, Fete und Osterbüffet plus Programm, genaueres in der nächsten Interim.

Bis denne

Die EX-en

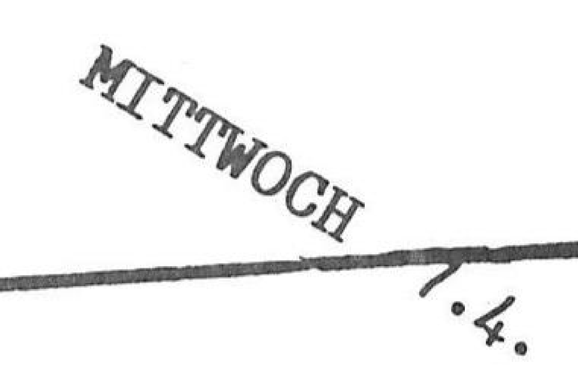
Di. 6.4. Video: YOL - Der Weg (Türkei/Schweiz 81/82 110min)
Die Schicksale von fünf türkischen Häftlingen, die während eines einwochigen Hafturlaubes ihr Land als universales Gefängnis erleben.
Ort: CLASH, Uferstr.13. 1/65
UBhf. Pankstraße oder Nauener Platz
Zeit: 21.00 Uhr und 23.00 Uhr

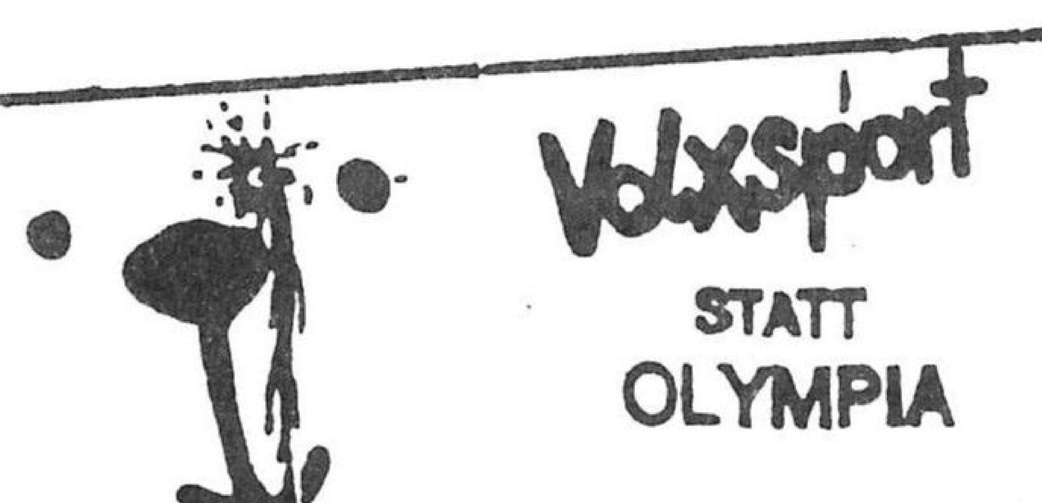
DIENSTAG 6.4.

Kundgebung der VertragsarbeiterInnen für ihr Recht zu bleiben.

Mittwoch, 7. April 1993 ab18 Uhr

Friedrichstr / Unter den Linden. U- und S-Bahnhof Friedrichstrasse. Berlin Mitte





7. April, 20.00 Uhr: VV im Versammlungsraum/Mehringhof

SAMSTAG 10.4.

DONNERSTAG 8.4.

VV am 8.4.

gegen Kriegsvorbereitungen

20.00 Uhr im Versammlungsraum, Mehringhof,

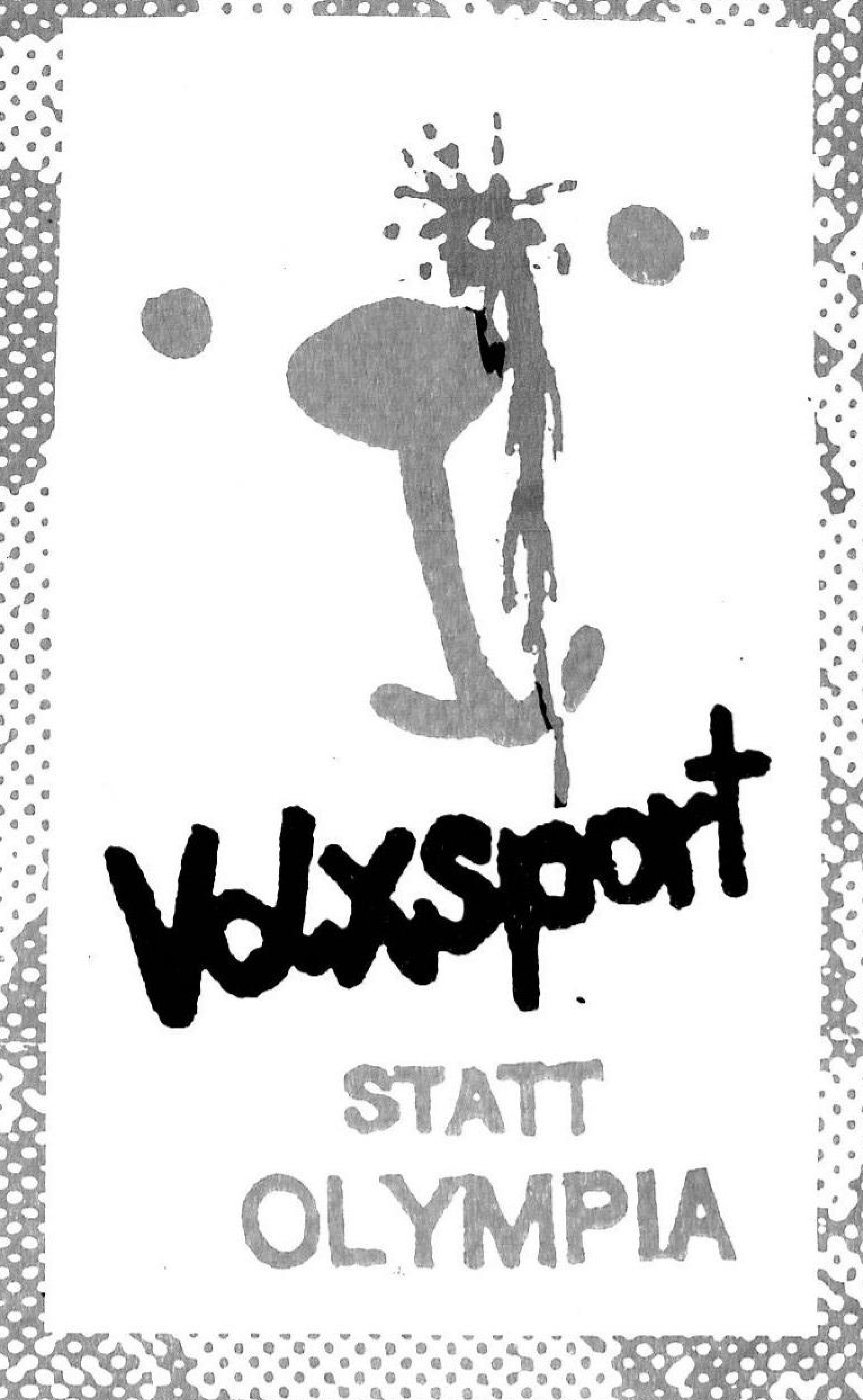
Wir wollen über Einschätzungen diskutieren zu:
- Deutschlands militärischen Ambitionen
- Militarisierung der Gesellschaft
- Krieg in Jugoslawien
- Krieg in Somalia
- soldatischem Mann
- Totalverrweigerung

Praktisch geht es uns um:
- Tag X - Mobilisierung
- AntiKriegsKomitee
- Demo
- gesellschaftlich wirksame Mobilisierung ohne Bündnis

Dies ist **KEINE** Infoveranstaltung, sondern 1 Aufruf zur Einmischung.
Außerdem gab's ein Thesenpapier in der Interim 230, S. 21-28.







FAHRRADDEMO
GEGEN
OLYMPIA

SO.4.4. 14 Uhr
Alex, Rotes Rathaus